# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187. Dienstag, den 13. August 1901. 8. Jahrgang.


Hierzu eine Beilage.

## Parteigenossen!

Laut Beschluß des vorigen Parteitags findet der diesjährige in Lübeck statt.

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Partei-Organisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

**Sonntag, den 22. September, Abends 7 Uhr,**

nach Lübeck in das Vereinshaus, Johannisstraße 50/52, ein.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 22. September, Abends 7 Uhr, Vorversammlung. Konstituirung des Parteitags. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate.

Montag, den 23. September und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
   a) Agitation. Wahlen. Kassenbericht.
   Berichterstatter: W. Pfannkuch und A. Gerisch.
   b) Presse, Litteratur, Kolportagewesen. (Geschlossene Sitzung.)
2. Bericht der Kontrollkommission.
   Berichterstatter: H. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit.
   Berichterstatter: Wurm.
4. Maifeier.
   Berichterstatter: Th. Metzner.
5. Die Wohnungsfrage.
   Berichterstatter: A. Südekum.
6. Anträge zum Programm.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes und der Kontrollkommission.

Parteigenossen! Wir fordern Euch nun auf, die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, insbesondere die Wahl von Delegirten und die Einreichung der Anträge rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens den 7. September in den Händen des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30

sein, wenn sie entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz 2 der Partei-Organisation im „Vorwärts“ veröffentlicht werden und in die gedruckte Vorlage für den Parteitag Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung des Vertrauensmannes oder des Vorstandes der örtlichen bezw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Berathung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstand und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mittheilung zu machen.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

P. Pape, Lübeck, Moislinger Allee 51a.

Mandatsformulare, mit deren Versendung am 2. September begonnen wird, sind durch das Parteibureau, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 47, Kreuzbergstr. 30,

zu beziehen.

Die Genossen, welche Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“ noch in der dem Parteitag vorzulegenden gedruckten Vorlage Aufnahme finden können. Die Genossen haben das Recht, ihre Anträge auf dem Parteitag entweder persönlich zu vertreten oder durch befreundete Genossen vertreten zu lassen; außerdem empfiehlt es sich, wichtige Anträge vor dem Zusammentritt des Parteitages in der Presse zu erörtern. Die Motive aber in die Parteitagsvorlage aufzunehmen, verbietet sich aus räumlichen Rücksichten und der damit verknüpften unvermeidlichen Wiederholungen willen.

Berlin, den 10. August 1901.

Mit sozialdemokratischem Gruß

**Der Parteivorstand.**

## Die Konkurrenz und die Gewerkschaften.

Wp. Die Gewerkschaften beseitigen nicht die Konkurrenz unter den Arbeitern, sie regeln sie blos. Innerhalb des ursprünglichen Chaos des Arbeitsmarktes, auf dem Jeder gegen Alle und Alle gegen Jeden kämpfen, ziehen die Gewerkschaften gewisse Scheidungslinien, welche, mehr oder weniger, der durch die Produktionstechnik gegebenen Gliederung sich anschmiegend, große Konkurrenzgebiete abgrenzen. Innerhalb dieser abgesonderten Gruppen schaffen die Gewerkschaften einen allgemeinen, gemeinsamen Boden, von dem aus die Arbeiter gegen die Kapitalisten vorgehen; nichtsdestoweniger verbleibt auch hier noch ein breiter Spielraum für die Konkurrenz der einzelnen Arbeiter untereinander. Diese Konkurrenz würde nur dann verschwinden, wenn die Gewerkschaften einen einheitlichen Arbeitslohn für alle Arbeiter wenigstens des gleichen Berufes durchzusetzen vermocht hätten. Das ist ihnen aber unmöglich, deshalb stellen sie nur allgemeine Normen und die unterste Grenze des Arbeitslohes auf. Es verbleibt also die Konkurrenz unter den Arbeitern um den höheren Lohn innerhalb des gegebenen Lohntarifs, die aber, besonders zur Zeit des Arbeitsmangels, leicht in eine Konkurrenz um die Arbeitsgelegenheit ausartet. Die geschickteren Arbeiter verdrängen die weniger leistungsfähigen, deren Verschulden vielleicht nur darin liegt, daß die Fabrikationsmethode sich geändert hat, die jüngeren rücken herauf, die älteren sinken in geringere Lohnsätze zurück und werden vielleicht gänzlich abgeschoben, um durch frische Kräfte ersetzt zu werden. Bei allen Fortschritten der Gewerkschaften bleibt noch immer unter den Arbeitern, solange die kapitalistische Ausbeutung besteht, der Konkurrenzkampf um das Stück Brod.

Ueberhaupt haben die Gewerkschaften unvergleichlich mehr geleistet in Bezug auf die Normirung der Arbeitsbedingungen, als in Bezug auf die Organisation des Arbeitsangebots.

Eine Konkurrenz giebt es ferner auch unter den Gewerkschaften selbst. Zwischen den Gewerkschaften, welche die gleichen oder verwandten Berufe umfassen, kommt es oft zu einem organisatorischen Wettstreit. Jede sucht die größte Mitgliederzahl anzuwerben, wobei sie selbstverständlich auf Schritt und Tritt mit der konkurrirenden Organisation zusammenstößt. Auch können Meinungsstreitigkeiten zu Spaltungen innerhalb einer Gewerkschaft führen, so daß zwei Organisationen entstehen, die sich gegenseitig bekämpfen. Die Geschichte der englischen Trade Unions kennt zahlreiche Fälle, wo infolge dieses Streites innerhalb der Gewerkschaften die Unternehmer die eine Arbeiterorganisation gegen die andere haben ausnützen können. Auch die deutschen Gewerkschaften sind, wie die jüngsten Beispiele unter den Buchdruckern und unter den Maurern Hamburgs zeigen, vor Spaltungen nicht gefeit. Das sind Krankheiten, die durch den gewerkschaftlichen Fortschritt überwunden werden müssen. So haben sich denn auch soeben die Hamburger Maurer überzeugen müssen, daß durch eine Einwirkung von außen sich hier nichts erreichen läßt. Die unleidlichen Zustände in Hamburg ergaben sich mit eherner Konsequenz aus der Spaltung der Organisation. Nachdem sich eine Minorität der Maurer zu einer besonderen Organisation zusammengethan hatte, konnte man von der einen wie von der anderen Seite gar nicht anders handeln, als eben gehandelt wurde. Der alte Verband mußte auf der Durchführung seiner Beschlüsse bestehen, aber gerade dadurch wurde die neue Gewerkschaft in ihren Existenzbedingungen gefährdet, sie mußte sich also dagegen wehren. Einerseits suchte der alte Verband die neue Gewerkschaft zu sprengen — anderseits, indem diese um ihre Existenz kämpfte, durchkreuzte sie die gewerkschaftliche Aktion des Verbands. Was war schuld an diesem ungeheuerlichen Verhältniß? Die Spaltung! Solange man aber einer gewerkschaftlichen Minorität nicht verbieten kann, sich zu einer besonderen Organisation zusammen zu thun, solange konnte man einzelne Personen nicht wegen Handlungen moralisch verurtheilen, welche die unvermeidliche Konsequenz des Bestandes zweier konkurrirender Gewerkschaften waren. Das Einzige, was das Schiedsgericht thun konnte, war also, die Spaltung selbst zu verurtheilen. Jede Spaltung einer Gewerkschaft führt durch eine unvermeidliche Entwicklung dazu, daß das Kapital sich der einen Organisation gegen die andere bedienen kann, zum großen Schaden der allgemeinen Arbeiterinteressen.

Konkurrenz unter Gewerkschaften entsteht aber auch unter dem Druck von Verhältnissen, die von ihrem Willen unabhängig sind. Die sich fortwährend verändernde Produktionstechnik verwischt die Grenzen der einzelnen Berufe und bringt verschiedene Gewerkschaften in einen unerwarteten Konflikt zu einander. Die mit unsäglicher Mühe von einer Gewerkschaft errungenen Ausbeutungsnormen werden auf einmal vom Ansturm neuer Arbeiterschichten bedroht, die zwar ebenfalls in Gewerkschaften organisirt sind, aber an einen geringeren Lohn, überhaupt an schlechtere Arbeitsbedingungen gewöhnt sind. Abermals zeigt die englische Gewerkschaftsbewegung, wie dieser Konkurrenzkampf unter den Gewerkschaften sich soweit zuspitzen kann, daß die eine Gewerkschaft sich mit den Unternehmern koalirt, um die andere zu schlagen.

Die Konkurrenz besteht also. Sie existirt auf dem Arbeitsmarkt ebenso, wie in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Aber — und darin liegt der Unterschied — je mehr sie sich unter den Arbeitern geltend macht, desto mehr weckt sie das Solidaritätsgefühl, das Klassenbewußtsein des Proletariats. Das ist der springende Punkt: dieselbe Macht, welche die Kapitalistenklasse zersetzt, führt zu einem immer engeren Zusammenschluß der Arbeiterklasse. Die Konkurrenz unter den einzelnen Arbeitern führt zur Organisation von Gewerkschaften. Die Konkurrenz unter den Gewerkschaften führt — zu ihrem Zusammenschluß. Das Bestreben einzelner Gewerkschaften — besonders von qualifizirten Arbeitern — sich von den Arbeitermassen abzusondern, ist durch die ganze Praxis der englischen Arbeiterbewegung verurtheilt. Eine nach der anderen haben sich solche Gewerkschaften, oft nach sehr bitteren Erfahrungen, überzeugen müssen, daß die kapitalistische Entwicklung der Technik und der Produktion schonungslos alle natürlichen, umsomehr alle künstlichen Schranken zwischen den einzelnen Berufen zerstört und das beste Mittel, gegen die Konkurrenz minder bezahlter Arbeiterschichten anzukämpfen, darin besteht, sie zu organisiren. England wiederum liefert uns zahlreiche Beispiele dafür, wie die Gewerkschaften der qualifizirten Arbeiter ihre Konkurrenten aus den Reihen der ungelernten Arbeiter organisirt haben. Wir finden ferner Föderationen von Gewerkschaften, welche ganze Produktionszweige umfassen, z. B. die Textilindustrie. Schließlich erstreben sämmtliche Gewerkschaften eines Landes eine gemeinsame Aktion auf dem Boden der gesetzlichen Regelung der Arbeitsbedingungen.

Die Konkurrenz treibt aber die Gewerkschaften noch viel weiter auf dem Wege der Einigung des Proletariats. Sie beweist dem englischen Arbeiter, der Mitglied seiner Gewerkschaft, daß der von ihm errungene Lohntarif solange nicht gesichert ist, als der deutsche, französische, italienische ꝛc. Arbeiter schutzlos seinem Ausbeuter gegenübersteht. Damit zugleich erwächst das Bestreben zu einer internationalen Einigung der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter. In dieser Beziehung haben die europäischen Gewerkschaften seit dem internationalen Kongreß in Paris 1889 bemerkenswerthe Leistungen aufzuweisen. Je mehr die nationalen Industrieen auf dem Weltmarkt ineinandergreifen, desto enger wird das internationale Band zwischen den Arbeitern verwandter Berufe, der Arbeiterklasse in ihrer Gesammtheit. Schon jetzt ergreift jeder große Streik in einem Industrieland die Interessen der Arbeiter wie auch der Kapitalisten in den übrigen Ländern. Die internationale Solidarität der Arbeiter kommt in solchen Fällen in der materiellen und moralischen Unterstützung der Streikenden glänzend zum Ausdruck.

Von zusammenhangslosen Massen, unter dem Druck der Konkurrenz, zu einer immer umfassenderen, schließlich internationalen Einigung des Proletariats — das ist der Weg der Gewerkschaften. Und die Arbeiter wären schon viel weiter auf diesem Wege, würden sie nicht die von den kapitalistischen Staaten errichteten Grenzen daran hindern.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Die Spaltung der Nationalliberalen** in der Frage der Lebensmittelwucherzölle tritt immer deutlicher zu Tage. Man wußte ja längst, daß in der nationalliberalen Reichstagsfraktion „Volksvertreter“ sitzen, die der Abgeordnete Richter einmal zutreffend „Kettensklaven der Agrarier“ nannte. Die „Richtung Paasche“ hat kein Hehl daraus gemacht, daß sie gewillt ist, beim neuen Zolltarif mit den Agrariern möglichst gemeinsame Sache zu machen. Jetzt wird berichtet: Bei der letzten Sitzung des Landesausschusses der nationalliberalen Partei in Bayern r. d. Rh. kam Abg. Münch-Ferber in seinem Referat über die Stellung der Partei zu den Tagesfragen auch auf die Erneuerung der Handels-Verträge als die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit zu sprechen. Die nationalliberalen Abgeordneten hätten ihren Wählern versprochen, der Landwirthschaft zu helfen, sie seien daraufhin gewählt und es sei ihre Ehrenpflicht, Wort zu halten. Sie müßten unentwegt auf dieses Ziel lossteuern, dürften nicht abschwenken und sich nicht irre machen lassen. Die Beschlüsse der parlamentarischen Fraktionen seien dem entsprechend, die Kosakenfurcht sei unberechtigt. Nicht das Ausland, der deutsche Markt sei die Hauptsache, ihn müsse sich auch die Industrie erhalten. Mit Eierlegen werde die Agrarfrage nicht gelöst; der Landwirth müsse auch etwas verdienen können. Man solle sich hüten, Englands Beispiel nachzuahmen und die Landwirthschaft zu ruiniren. Das Geschrei vom Brodwucher werde die nationalliberale Partei nicht irre machen, die nationalliberale Fraktion treibe keine Interessenpolitik im Reichstage, sie greife ein, weil und wo es das Gemeinwohl erfordere. Diesem demagogischen Unsinn trat der Professor Dr. Lotz-München scharf entgegen. Er gab namens der ihm Gleichgesinnten folgende Erklärung ab: „Entsprechend dem Grundsatze, daß innerhalb der nationalliberalen Partei Freiheit in wirthschaftlichen Fragen gewährt bleibt, behält sich die Minorität, die eine Erhöhung der Getreidezölle unterlassen will, vor, diesen ihren Standpunkt nach wie vor öffentlich zu vertreten.“ Schließlich warnte Herr Ferber davor, durch Unterlassung des „Schutzes“, die Landwirthschaft in die Arme der Sozialdemokratie zu treiben. — Wenn es uns, ohne Rücksicht auf die Volksinteressen, darauf ankäme, auf solch ein „Zutreiben“ zu reflektiren, so müßten wir wünschen, daß die Lebensmittelwucherpolitik siegt. Denn diese Politik wird nicht minder der Landwirthschaft wie der Industrie Unheil bringen.

**Die Konservativen über den Zolltarifentwurf.** Nun hat auch die offizielle Korrespondenz der konservativen Partei zu dem Tarifentwurf Stellung genommen. Mit schmunzelndem Wohlbehagen verkündet sie:

Was speziell die landwirthschaftlichen Zollsätze anlangt, so muß heute schon anerkannt werden, daß dem Herrn Reichskanzler Dank dafür gebührt, daß er bestrebt gewesen ist, der Landwirthschaft zu einem höheren Zollschutze zu verhelfen. Ist es ihm nicht gelungen, höhere Zollsätze für landwirthschaftliche Produkte, insonderheit für Getreide, zu erreichen, so muß auch hier mit den Schwierigkeiten gerechnet werden, die dem entgegen standen. — Man wird nun abzuwarten haben, welche Gestalt der Zolltarifentwurf im Bundesrathe erhält und welche Begründung für die einzelnen Zollsätze ihm beigegeben werden. Gegenwärtig werden in einer großen Reihe von Bundesstaaten, namentlich in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden u. a. m, noch zollpolitische Konferenzen mit Vertreteen der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels abgehalten, und es wird sich fragen, welchen Einfluß diese erneuten Verhandlungen etwa auf die Fassung des Entwurfs, auf die Gestaltung einzelner Zollsätze ausüben werden. So wie der Entwurf jetzt vorliegt, erscheint er uns im Großen und Ganzen geeignet, als Grundlage der Berathungen im Reichstage zu dienen. Auf die Einzelheiten des Zolltarifentwurfs einzugehen, liegt noch keine Veranlassung vor; dazu ist Zeit, wenn der Entwurf die Berathungen des Bundesrathes durchlaufen hat und mit seiner Begründung vorliegt. Die Erwartung aber wollen wir heute schon aussprechen, daß es im Reichstage auf Grund der Vorlage zu einer Einigung kommen werde, bei der alle produktiven Gewerbe im gemeinsamen Schutze der nationalen Arbeit und im Interesse des Gemeinwohles überhaupt ihre Rechnung finden.

Die Konservativen hüten sich, durch zu rasches Zugreifen ihre Freude zu verrathen. Sie wissen, daß sie ihr Schäflein noch nicht ganz im Trocknen haben und daß es nicht unmöglich ist, daß es im Reichstag zu einer „Einigung" nicht kommen könnte.

**Um das durch Rußland drohende Verbot der Preußengängerei** wettzumachen, hat die ultramontane „Köln. Volksztg." dank ihrer besonderen Intelligenz ein sehr wirksames Mittel entdeckt; es lautet:

„Verbietet Rußland die Preußengängerei, so stellen wir den bei uns im Lande thätigen russischen Saisonarbeitern anheim, sich zu naturalisiren; es würde sogar nichts im Wege stehen, durch ein besonderes Gesetz ausnahmsweise eine sofortige Naturalisation derselben zuzulassen. Dann würden sie alle für Deutschland optiren, wo sie es viel besser haben, als in Rußland. Es fehlt uns also nicht an einer Waffe, um den Russen eventuell ein Paroli zu bieten, selbst ohne Ermäßigung der Getreidezölle."

In der That einfach — furchtbar einfach sogar! Daß man auf diese gloriose Idee nicht schon früher gekommen ist. Es müssen da doch wohl Hindernisse vorliegen, die einer solchen Massen-Naturalisirung entgegenstehen. Abgesehen davon, daß unsere „Nationalen" die polnische „Gefahr" nicht schlimm genug schildern können, frägt es sich, ob die Polen sammt und sonders geneigt wären, sich gewaltsam naturalisiren zu lassen. Die meisten werden Familie in Rußland besitzen und es wird ihnen nicht gleichgültig sein, was mit diesen geschähe. Und schließlich, wenn die Naturalisation gelänge, dann ist hundert gegen eins zu wetten, daß die Naturalisirten alsbald dem Osten den Rücken wenden und die „Fleischtöpfe des Westens" aufsuchen würden.

**Agrarische Mädchenhändler!** In dem „Oberschles. Tagebl." lesen wir:

„Im Frühjahr dieses Jahres ging durch viele Blätter die Nachricht, daß gewissenlose Agenten, sogenannte „sächsische Werber", den Industriebezirk bereisten und durch allerlei irreführende Versprechen junge Mädchen an sich heranlockten, um ihnen „Lebensstellung in den ersten Häusern Sachsens und Berlins" zu verschaffen. Trotz der damaligen Warnung hat eine große Anzahl Mädchen des Industriebezirks ihr Heim verlassen und sich diesen Schwindlern angeschlossen. Die gute Stellung war aber nicht von langer Dauer, denn fast täglich treffen die mit Geld und vollgepackten Körben Ausgewanderten mit leeren Taschen und in schlichter Kleidung auf den Bahnhöfen der Heimath wieder ein. In Zabrze sind, wie uns berichtet wird, allein am Sonnabend Nachmittag 24 dieser angeworbenen Mädchen angelangt. Nach ihrer Aussage sind aus Sachsen allein 110 bis 115 oberschlesische Mädchen in ihre Heimath durchgebrannt, weil ihnen die Stellung nicht gegeben wurde, für welche sie angeworben worden sind. Die Hinfahrt erfolgte bis Berlin. Dort angekommen, wurden sie von verschiedenen Vermittlern empfangen und nach den „ersten Häusern" Brandenburgs, Posens und Sachsens schaarenweise transportirt. Aber was geschah nun da? Aus der geschickten Kammerzofe, der Gesellschafterin usw. sollte eine Kuhmagd werden. Ein Entkommen war unmöglich, und es blieb nichts übrig, als das Miethsgeld abzudienen und sich auf diese Zeit mit den Stallarbeiten vertraut zu machen. Nun haben die Mädchen ihr Miethsgeld abgedient, aber das Geld zur Rückfahrt mußte im Versatzamt gesucht werden."

Daß die Behörde nach diesen Agenten forschen und sie unnachsichtlich bestrafen muß, bedarf keiner näheren Begründung. Es fragt sich aber, ob die Agenten nicht im Auftrage solcher „nothleidenden" Landwirthe gehandelt haben, die billige Arbeitskräfte suchten und — durch diese Agenten fanden. Den Brodgebern dieser Aermsten kann es unmöglich entgangen sein, daß mit der Anwerbung ihrer Hülfskräfte nicht alles in Ordnung war; ihre Pflicht wäre es gewesen, von diesem schmählichen Schwindel die Polizei sofort in Kenntniß zu setzen und sich dadurch vor jedem Verdachte der Beihülfe oder Vergünstigung zu sichern. Oder sollte zu den Ohren der Dienstherrschaften nie ein Wort der Klage gedrungen sein? Wo bleibt da die Schwärmerei für das „patriarchalische Verhältniß?"

**Sechzig China-Strafgefangene** befanden sich nach der „Nord-Ostsee-Ztg." unter den 630 Mann Chinatruppen, die vor einigen Tagen mit der „Arcadia" nach Deutschland zurückkehrten. Die Gefangenen, die theils zu Festung, theils zu Gefängniß verurtheilt seien, sollen theils nach Lüneburg, theils nach Köln zur Verbüßung ihrer Strafen transportirt seien. Die „Nord-Ostsee-Ztg." ist das Organ der Kieler Rheder, das nicht selten marine-offiziös bedient wird, dessen Mittheilungen also über jeden Zweifel erhaben sind. Vielleicht beantwortet das Blatt auch noch die indiskrete Frage, welcher Vergehen wegen die 60 Mann verurtheilt worden sind!

**Eine gestürmte Sparkasse.** Der kürzlich aus Hannover gemeldete Vorgang hat in Jena eine zweite Auflage erlebt. In den letzten Tagen war dort das Gerücht verbreitet, daß die Jenaer Sparkasse — ein privates, von der verstorbenen Großherzogin Marie Pawlowna vor vielen Jahren gestiftetes Unternehmen — beim Leipziger Bankkrach große Verluste erlitten habe. Das Gerücht brachte fast die ganze Bevölkerung von Jena und Umgegend auf die Beine. Am Montag, Dienstag und Mittwoch wurde die Kasse völlig gestürmt. Die Sparer verlangten das eingezahlte Geld zurück. Um das aufgeregte Publikum zu beruhigen, wurden zunächst alle Rückzahlungen prompt bewirkt, dann aber in der Presse erklärt, daß die Gerüchte unwahr seien. Die Rückzahlungen haben fast den Betrag von einer halben Million erreicht. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses ließen eine Bekanntmachung am Sparkassengebäude anschlagen, wonach sie sich bereit erklärten, für die Einhaltung der Verpflichtungen der Sparkasse mit ihrem eignen Vermögen zu haften. Das Großherzogliche Staatsministerium hatte eine umfassende Revision durch einen Rechnungsrath aus Weimar angeordnet. In einer Bekanntmachung bringt nun der Gemeindevorstand zur öffentlichen Kenntniß, daß diese Revision „die völlige Grundlosigkeit der in Jena und Umgegend verbreiteten Gerüchte über Zahlungsschwierigkeiten der Sparkasse ergeben" hat. Der Urheber der alarmirenden Gerüchte soll bereits ermittelt sein und zur Verantwortung gezogen werden. Trotz all dieser Garantieerklärungen hat sich jedoch das Publikum noch nicht völlig beruhigt.

**Die Krise.** Am 6. d. M. fand, dem „B. T." zufolge, in Görlitz eine Versammlung deutscher Tafelglasfabrikanten, die circa 100 Glasöfen in Betrieb haben, statt, welche den Zweck hatte, darüber zu berathen, was geschehen möchte, die zur Zeit in Tafelglas bestehende Ueberproduktion zu beseitigen resp. die Produktion mit dem Konsum in Einklang zu bringen. Von den etwa 40 anwesenden Herren wurde nach längeren Erörterungen einstimmig beschlossen, vom 1. September d. J. an oder früher die gesammte Produktion auf einige Zeit ganz einzustellen, wobei jedoch vorausgesetzt wurde, daß auch die in der Versammlung nicht vertretenen deutschen Tafelglasfabrikanten eine gleiche Verpflichtung eingehen. — Wieder sind es die Arbeiter, die die Kosten zu tragen haben.

**Der Leipziger Bankkrach** fordert immer noch neue Opfer. So ist nach der „Sächs. Arbeiterzeitung" die alte Zitherfabrik Gruner in Johanngeorgenstadt in Konkurs gerathen, wodurch 50 Familienväter und 16 ledige Personen augenblicklich brodlos geworden sind. In große finanzielle Schwierigkeiten ist nach der „Leipz. Volksztg." durch den Zusammenbruch der Leipziger Bank auch der Christliche Verein junger Männer gerathen. Zwar sind ihm eine Anzahl seiner Freunde mit außerordentlichen Unterstützungen zur Hand gegangen; diese reichen jedoch bei Weitem nicht, um den Verein auch nur über die nächsten Monate hinwegzuhelfen.

**Nach dem Muster der Echternacher Springprozession:** Zwei Schritt vorwärts, einen rückwärts wird jetzt im preußischen Eisenbahnwesen „reformirt". Durch einen Erlaß des Eisenbahnministers wird, wenn die „Magdeb. Ztg." recht unterrichtet ist, die Aufhebung aller Sommerkarten, Anschluß-Rückfahrkarten und festen Rundreisekarten innerhalb der preußischen Bahnen vom 1. Oktober ds. Js. ab angeordnet. Auch die Sonderzüge mit besonders ermäßigten Fahrpreisen nach dem Harz und nach Freienwalde, Stettin und Swinemünde kommen mit Schluß der Sommerfahrplanzeit in Fortfall. Derartige „Regiesonderzüge" dürfen fortan nur noch zum einfachen Fahrpreise, Meßsonderzüge aber überhaupt nicht mehr gefahren werden. Ebenso werden die in den Bezirken Magdeburg, Berlin, Halle und Hannover bestehenden Koupeefahrkarten am 1. Oktober abgeschafft. In den Sonntagskarten tritt eine Einschränkung insofern ein, als alle Karten dieser Art, von denen innerhalb eines Jahres nicht mindestens 300 Stück verkauft sind, aufgehoben werden. Neue Sonntagskarten werden nicht mehr eingeführt. Sonntagskarten mit niedrigeren Preisen werden auf den einfachen Fahrpreis erhöht. Als Ersatz für die mit einer Fußtour verbunden gewesenen Sommerkarten können nach dem Ermessen der Eisenbahndirektion Rückfahrkarten mit Giltigkeit nach mehreren Stationen zum Preise der Durchschnittsentfernung ausgegeben werden. Wahrscheinlich, damit nicht zu viel Reformen auf einmal in Szene gesetzt werden, sollen nach demselben Blatte hiervon nicht berührt werden die zusammenstellbaren Fahrscheinhefte, die Monatskarten, die Zeitkarten für Schüler, die Arbeiter-, Wochen- und Rückfahrkarten, die Fahrpreisermäßigungen für Gesellschaftsreisen von mindestens 30 Personen, für akademische Ausflüge, für Schulfahrten und Ferienkolonien, sowie für milde Zwecke. Endlich können auch die Feriensonderzüge nach Süddeutschland beibehalten werden. Auf wie lange noch?

**Aus Kiautschou.** In der Umgegend von Tsingtau sind vom deutschen Gouvernement 6 Dörfer aufgekauft worden und sollen in der nächsten Zeit abgebrochen werden. Um der Arbeiterbevölkerung genügende Unterkunft zu gewähren, hatte der Gouverneur angeordnet, daß in Taitungtschen weiteres Land angewiesen wird, und ferner, daß in der Nähe von Hsiauniwa Land für Errichtung von Wohngebäuden nach Art derer in Taitungtschen ausgelegt wird. „Vom 1. Juli an wird das Landamt in der Lage sein, Jedem, der Häuser bauen will, Land zu verpachten."

**Kleine politische Nachrichten.** Die offiziöse „süddeutsche Reichskorresp." meldet, daß Staatssekretär v. Köller, dessen Ernennung sowie die des Herrn von Wilmowski als Nachfolger übrigens jetzt im „Reichsanzeiger" amtlich bekannt gegeben wird, bereits in den nächsten Tagen sein neues Amt antritt. Die Gerüchte über eine Statthalterkrise und einen Systemwechsel seien völlig unbegründet. — Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Kommerzienrath Mauser in Oberndorf hat in Folge Platzens einer Patrone im Augenblick, da er sein Gewehr abschoß, schwere Verletzungen am linken Auge erhalten. Man hofft jedoch, dem „Schwäb. Merk." zufolge, das Auge retten zu können. — Zur Verhökerung des Zolltarifs schreibt Dr. Hamburger aus dem Auslande, es sei unrichtig, daß er geflohen wäre, er sei aus Gesundheitsgründen und mit Zustimmung des Untersuchungsrichters abgereist. Dr. Hamburger bestreitet auch, sich in der Zolltarifangelegenheit irgendwie strafbar gemacht zu haben. — Mit dem üblichen Blutbad ist ein Exceß dem deutschen Interessengebiet angehöriger Südsee-Insulaner gesühnt worden. Es wird darüber gemeldet: Von der Insel St. Mathias eingelaufenen Nachrichten zufolge wurde das Kriegsschiff „Cormoran" dorthin gesandt, um die Eingeborenen wegen der Niedermetzelung Meckes und andrer Mitglieder seiner Expedition zu bestrafen. Es fand ein Gefecht statt, in welchem 80 Eingeborene getödtet, 17 gefangen genommen wurden. — Bei einer Schießübung mit scharfen Patronen in der Nähe von Meiningen ereignete sich nach der „Reichsländ. Korr." ein schweres Unglück. Als die 5. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 112 exercirte, fiel ein Soldat. Dabei ging sein Gewehr los und der Schuß traf den Reservisten Strauß, der zu einer achtwöchigen Uebung einberufen war. Der tödtlich Verletzte wurde in das Lazarett nach Mülhausen gebracht. — Die Errichtung eines deutschen Kohlendepots im Rothen Meere ist vor längerer Zeit einer deutschen Firma seitens der Türkei auf der zur Farsangruppe gehörenden Insel Koumh gestattet worden. — Auf dem Anhalter Güterbahnhof in Berlin wüthete Sonnabend früh ein großes Schadenfeuer. Ein Lagerschuppen wurde in der Ausdehnung von 60 Meter zerstört. Etwa 8000 Zentner Mehl, 150 000 Zentner Futtermehl sind vernichtet worden. — Der „Vogtländische Anz." meldet: Freitag Abend entgleiste ein nach Plauen fahrender Güterzug bei Adorf. Zwei Bremser wurden schwer verletzt. — Das neue dänische Kabinet wünscht, einer Kopenhagener Meldung der „Frankf. Ztg." zufolge, den Verkauf der Antillen schnellstens abzuschließen und den Vertrag dem Reichstage im Oktober vorzulegen. Ueber den Verkaufspreis von vier Millionen Dollars ist Einigkeit erzielt worden. Die zukünftige Stellung der Bevölkerung ist Gegenstand der jetzigen Verhandlungen. — Ein äußerst charakteristischer Beitrag zum Duellblödsinn wird wiederum aus Budapest gemeldet: Der Artillerie-Oberst Dillmann, der auf dem Exerzierfelde mit einem Einjährig-Freiwilligen, welcher auf einen Befehl eine widerwillige Antwort gab, in Wortwechsel gerieth und diesem eine Ohrfeige verabreichte, duellirte sich am Freitag in Preßburg mit dem Freiwilligen. Letzterer wurde schwer verwundet. — Die internationale Sanitätkommission zur Verhütung der Einschleppung der Pest hat in Konstantinopel auch mit allen nur denkbaren Schwierigkeiten zu kämpfen. Am 9. August fand eine Versammlung der Botschafter statt, in der über die wiederholten Eingriffe der türkischen Lokalbehörden in die Beschlüsse des internationalen Sanitätsrathes Berathungen gepflogen wurden. — Eine Anzahl Armenier, bei denen revolutionäre Schriften gefunden wurden, sind in Konstantinopel verhaftet. Die Verhaftungen werden auch mit den Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ruhe aus Anlaß der bevorstehenden Feier des Jahrestages der Thronbesteigung des Sultans in Zusammenhang gebracht. — Ein böser Empfang scheint der marokkanischen Gesandtschaft in der Heimath zu Theil geworden zu sein, die vor kurzem in London und in Berlin geweilt hat. Sie soll, wie Pariser Blätter berichten, gleich nach ihrer Rückkehr verhaftet worden sein. Die „Köln. Ztg." berichtet von einer bevorstehenden Verhaftung des Botschafters Menebhi. Derartige Ueberraschungen pflegen in Marokko öfter vorzukommen. Ueber die Gründe für die Verhaftung verlautet nichts.

## Schweiz.

**Ein schweres Bauunglück** wird aus Alvaneu (Graubünden) gemeldet. Bei Filisur stürzte am Sonnabend der Eingang eines Tunnels der Albulabahn ein, wobei 14 Arbeiter im Tunnel eingeschlossen wurden. Bis zum Zeitpunkt des Abgangs der Unglücksmeldung waren 4 Todte und ein Verwundeter ausgegraben worden; 60 Mann arbeiten an der Rettung. Die Ursache des Einsturzes ist in zu frühzeitiger Entfernung der Gerüststützen für das Mauerwerk zu suchen.

## Italien.

**Gegen die angeblichen Komplizen des Königsmörders Bresci** hat sich mit einer Ausnahme nichts Belastendes ergeben. Wie die „Tribuna" meldet, hat der Generalstaatsanwalt in Mailand das Aktenmaterial bezüglich der Verfolgung der angeblichen Komplizen Brescis bei der Ermordung König Humberts vorgelegt. Sein Antrag gipfelt darin, die Anklagen gegen die Angeschuldigten einzustellen, mit Ausnahme jener gegen Louis Granotti, der dem Schwurgericht überwiesen werden soll unter der Anklage, bei der Ermordung König Humberts betheiligt gewesen zu sein. Der Prozeß gegen Jaffei, der in der Schweiz festgehalten wird, wird bis nach Abschluß der Auslieferungsunterhandlungen vertagt werden. Ob die Anklage gegen Granotti nicht ebenfalls noch in sich zusammenbricht, wird sich ja demnächst herausstellen.

**Sozialistenbekämpfung.** Aus Rom wird der Wiener „Arbeiterzeitung" berichtet: Nach elfmonatlicher Untersuchungshaft sind dieser Tage 46 Sozialisten von dem Gericht in Carloforte (Sardinien) freigesprochen worden. Nur einer, Dr. Cavallera, ist wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu sechs Monaten verurtheilt worden. Die Genossen, deren ganze Schuld darin bestand, viel für die Organisation der Bootsführer und Fischer gethan zu haben, der sie zum größten Theil angehörten, und die lokale Camorra bekämpft zu haben, waren aller erdenklichen Gewaltthaten, auch des Betruges, der Erpressung und der verbrecherischen Verbindung angeklagt worden. Die Voruntersuchung, die von einem Anhänger der herrschenden Klique geführt wurde, schien den Sozialistenfressern sehr vielversprechend. Aber beim Prozeß sank all das mühsam Aufgeblasene zusammen. Die mündlichen Aussagen deckten sich nicht mit denen, die unter den Augen des eifrigen Untersuchungsrichters zu Papier gebracht wurden. Der Präfekt selbst sagte zu Gunsten der Angeklagten und gegen die herrschende Klique und ihre Methoden aus. Trotzdem träumte der Staatsanwalt von einer heftigen Verurtheilung und bedachte in seiner Forderung die Angeklagten mit Strafen bis zu vier Jahren Gefängniß! Die moralische Niederlage ist auf seiten der Ankläger. Wer entschädigt aber unsre Genossen für die ausgestandene Noth und das im Kerker verlorene Jahr?

## Rußland.

**George Kennan ausgewiesen.** Der amerikanische Schriftsteller und Verfasser des allgemein bekannten, Aufsehen erregenden Werkes „Sibirien und das Verbannungs-System" ist aus Rußland ausgewiesen worden. Von den gebildeten Russen in Petersburg war er herzlich aufgenommen worden. Seine neuerliche Anwesenheit war aber den Stockrussen ein Dorn im Auge, und diese scheinen jetzt seine Ausweisung durchgesetzt zu haben. Wie nämlich New-Yorker Blättern telegraphisch aus Petersburg gemeldet wird, erschien kürzlich an einem Abend ein hoher Polizeibeamter bei Kennan und überbrachte ihm den Befehl, Rußland bis zum nächsten Abend 10 Uhr zu verlassen. Kennan durfte inzwischen sein Hotelzimmer nicht verlassen, wurde aber höflich behandelt. Der Befehl ging vom Minister des Innern aus, und in der ihm zugestellten Notiz wurde Kennan als „politisch unzuverlässig" charakterisirt. Kennan benachrichtigte den amerikanischen Botschafter, ohne aber zu ersuchen, in seinem Interesse zu interveniren. Er fügte sich und reiste zur festgesetzten Zeit in Begleitung eines Polizeibeamten nach der russischen Grenze ab.

## Bulgarien.

**Starke Zukunftsmusik.** Bei einem Festmahle, das die Offiziere der Garnison Varna dem russischen Vizeadmiral Hildebrand und seinen Offizieren gaben, betonte dieser in seinem Trinkspruche, die russische Schwarzmeerflotte werde

ihre künftige Aufgabe zu erfüllen wissen. Er hoffe, eines Tages die bulgarische Flotte an der Seite der russischen zu sehen. Das klingt überaus großartig, so bemerkt dazu bissig die „Voss. Ztg.", zumal wenn man bedenkt, daß die offenbar sehr kampflustige bulgarische Flotte aus einem einzigen Schiffe besteht, nämlich dem unter Kommando des Franzosen Pichon stehenden Avisodampfer „Nadeschda", der den Zweck hat, den Fürsten Ferdinand, wenn er in Euxinograd Sommeraufenthalt nimmt, auf dem Schwarzen Meere spazieren zu fahren. — Die Bulgaren werden nun schleunigst nach deutschem Muster einen Flottenverein bilden müssen.

### Türkei.

**Wegen des französisch-türkischen Zwischenfalls** hatte, nach dem „Figaro", der französische Botschafter Constans am Freitag endlich eine Unterredung mit dem Sultan, von der angenommen wird, daß sie die Erledigung der diplomatischen Zwischenfälle zwischen beiden Ländern herbeigeführt haben werde. Indessen hält sich die 2. Division des Mittelmeergeschwaders in Villefranche zur Verfügung des Marineministers zum sofortigen Auslaufen bereit für den Fall einer ungünstigen Wendung der Angelegenheit. Minister Delcassé hat in seiner Unterredung mit dem Botschafter Munir Bey von diesem eine deutliche Antwort der Pforte auf die von Constans gestellten Forderungen vor dem 20. August verlangt.

### Spanien.

**Folterungen** sind in spanischen Gefängnissen nichts Neues; man erinnere sich nur der furchtbaren Qualen, die s. Zt. die wegen angelicher anarchistischer Umtriebe in Montjuich bei Barcelona gefangen gesetzten Personen zu erdulden hatten. Die grausame mittelalterliche Tortur erlebte damals in aller Form ihre Auferstehung. Allen damaligen Protesten zum Trotz scheint man jedoch in einzelnen spanischen Gefängnissen von der Tortur nicht abzulassen. So enthüllt neuerdings wieder das Blatt „Diluvio" in Barcelona einen neuen Skandal im dortigen Gefängniß. Der Beamte Tejada soll verschiedene Gefangene furchtbar gefoltert haben. Ein infolge der Mißhandlungen krank gewordener Gefangener versuchte, eine Klage an den Präsidenten des Landgerichts gelangen zu lassen, wurde aber durch Drohungen des Gefängnißdirektors davon abgehalten. Der „Diluvio" verlangt eine exemplarische Bestrafung Tejadas. Daß derartige Folterungen noch in Spanien vorgenommen werden können, ist eine Schande für ganz Europa. — Infolge von Enthüllungen des Madrider Blattes „Patria" wurden verschiedene hohe Beamte der Militärverwaltung verhaftet.

### Transvaal.

**Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze.** Das englische Kriegsamt dementirt entschieden die Gerüchte über eine Krankheit oder Verwundung Kitcheners. Dieser selbst meldet recht mystisch aus Pretoria vom 9. August: Ein Blockhaus in der Nähe von Brandfort wurde in der Nacht zum 8. August nach heftigem Kampfe genommen. Die Verluste der Engländer betragen 1 Todten und 3 Verwundete. In der Eile hat Kitchener ganz vergessen anzugeben, wer denn eigentlich das Blockhaus genommen hat; anscheinend wohl die Buren, weil im andern Falle Kitchener aus der an sich kleinlichen Affaire ganz sicher einen großen Erfolg der Engländer gemacht hätte. — Die letzten im Haag eingelaufenen Nachrichten bestätigen, daß Burenkommandos das Gebiet von Natal durchziehen. Die Buren halten die Umgebung von Pretoria und Magistontein besetzt, nachdem die Engländer ihre Truppen zurückgezogen haben. — „Daily Mail" erfährt über Lourenzo Marques: Leutnant Bailey und ein Gemeiner, die kürzlich einen Depeschenreiter der Buren erschossen hatten, wurden in einem der jüngsten Treffen von den Buren gefangen. Beide wurden erschossen.

Da die Engländer mit den Männern von Transvaal und vom Oranjefreistaat nicht fertig werden können, mißhandeln sie aus Aerger wenigstens die Frauen derselben. Fräulein Hobhouse erklärt öffentlich, aus guter Quelle erfahren zu haben, daß im Konzentrationslager von Valriver Frauen bestraft wurden, weil sie sich weigerten, Mittheilungen über die Bewegungen ihrer Gatten, Brüder und Söhne zu machen. Zwei Frauen seien in's Gefängniß geworfen und 48 Stunden darin ohne Nahrung gelassen worden, weil sie in ihrer Weigerung beharrten. Später seien sie verschickt worden, die Behörde weigere sich jedoch, den Ort der Verbannung mitzutheilen.

Die schmachvolle Proklamation Kitcheners hat in der gesammten, nicht nur der deutschen, anständigen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man ist sich allgemein darüber einig, daß sie ein Schandfleck für England und ein verächtliches Eingeständniß der eigenen Schwäche ist. Aus Amsterdam wird gemeldet: „Die Proklamation Kitcheners ruft hier allgemeine Entrüstung hervor. Die holländische Presse hofft, die öffentliche Meinung werde die europäischen Regierungen veranlassen, gegen diese in der Kriegsführung unerhörten Maßregeln zu protestiren. Die Haltung der Buren werde durch die Proklamation nicht im geringsten geändert." — Leider vergißt die holländische Presse immer wieder, daß die europäischen Regierungen alle bisherigen völkerrechtswidrigen Handlungen Englands ruhig haben geschehen lassen — „aus Gründen der Staatsraison". Im Uebrigen war vorauszusehen, daß die Proklamation das Gegentheil von dem bewirken würde, was damit beabsichtigt war. So wird denn auch schon prompt aus Kapstadt gemeldet, unter den Afrikandern herrsche infolge der Proklamation Lord Kitcheners große Erregung. Man ist der Ansicht, daß die Proklamation nur geeignet ist, den Kampf nur noch erbitterter zu gestalten.

Ein Stimmungsbild vom östlichen Kriegsschauplatz, das die „Deutsche Wochenztg. in d. Niederl." einem Privatbriefe aus Lourenzo Marques entnimmt, möge im Anschluß an die bereits mitgetheilten ausführlichen Nachrichten über die Lage der Engländer in der Kapkolonie Erwähnung finden. Es heißt dort: „Früher fanden täglich 7 bis 8 militärische Begräbnisse statt, jetzt nicht mehr. Man sieht jeden Abend auf dem Deck des (englischen) Lazarethschiffes merkwürdige Manöver machen; schließlich hört man einen größeren und schwereren Gegenstand fallen. Die Hafenpolizei hat schon häufig ganz merkwürdige Ballen aufgefischt, die durch die starke Fluth an den Strand gespült worden waren. Unter Aufsicht englischer Militärbeamten wurden dann diese Ballen, gerade als ob es Menschen wären, schnell und ohne Aufsehen beerdigt. Beinahe jeden Tag hört man im Kiosk den stereotypen Ausdruck: „sie haben einen oder mehr gefunden." Und die portugiesische Regierung läßt sich ruhig gefallen, daß eine fremde Nation ihre Leichen in einen portugiesischen Hafen wirft, der doch auch von Schiffen anderer Nationen besucht wird. Ein angesehener Portugiese sagte mir: „Unser Gouvernement ist in den Händen der Engländer wie ein ruinirter Bonvivant in den Händen des Wucherers. Mit Riesenschritten eilen wir dem Verderben entgegen." . . . Tommy Atkins ist kriegsmüde, und die Aufnahme von Zuchthäuslern in die Armee hat alle Bande der Disziplin gelockert. Diese Verbrecher betrachten ihre Offiziere als natürliche Feinde und desertiren in Haufen. Hier eingetroffene Freiwillige erklären, häufig mit Banden solcher Kerle an den Grenzen zusammengestoßen zu sein; die Leute fühlen sich sehr wohl in ihrer Freiheit; sie rauben britische Transporte aus und leben davon herrlich und in Freuden.

### Vereinigte Staaten.

**Zum Streik der Stahlarbeiter.** Der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes (Federation of Labour) hat eine Bekanntmachung erlassen, worin er die Versicherung giebt, daß der Bund der Vereinigung der Stahlarbeiter moralische und pekuniäre Unterstützung gewähren werde. Da die Lokalbehörden in Mackeesport dem Stahltrust feindlich gesinnt sind, werden die dortigen Werke verlegt. Der Trust stellte bereits 150 Arbeiter zur Wegschaffung der Maschinen an. Die Arbeiter des großen Reverside Ironworks in Wheeling (Westvirginien) legten, obgleich sie nicht dem Arbeiter-Verbande angehören, mit Rücksicht auf Schaffers Aufforderung die Arbeit nieder.

### China.

**Vom Chinawirrwarr.** Nach einer Meldung aus Tientsin protestiren die übrigen Mächte energisch gegen die Wiederbesetzung des Sommerpalastes durch die Engländer. — Aus Soeul (Korea) wird nach russischen Quellen gemeldet: Im Gouvernement Hnankan machen Japaner an vielen Orten topographische Aufnahmen, auch an der Küste, in einigen Dörfern schreiben sie die Zahl der Höfe auf. Koreanische Beamte berichteten der Regierung, daß das Vorgehen der Japaner das Volk aufrege.

## Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 12. August.

**Der diesjährige Gewerkschaftsausflug** nach Israelsdorf hatte sich einer außerordentlich zahlreichen Theilnahme seitens der Lübecker Arbeiterschaft zu erfreuen. Es war ja auch ein Fest der Arbeit, das dort draußen auf herrlicher Wiese, umgeben von hohen, starken Baumriesen, gefeiert wurde; ein Fest der Arbeit, zu dem Alt und Jung, Greis und Kind hinauszog. Von 12½ Uhr an herrschte ein reges Leben und Treiben in den Straßen der alten Travestadt; die einzelnen Gewerkschaftsmitglieder eilten ihren Sammelplätzen zu. Dann ging's hinaus zum Burgfeld, dem Aufstellungsplatz. Präzise 2 Uhr setzte sich der kolossale Zug unter den Klängen des Sozialistenmarsches in Bewegung, um in Begleitung von 5 Musikkapellen in der schönen, schattigen Israelsdorfer Allee zum Festplatz zu marschiren. Der Vorbeimarsch des Zuges, in dem sich 39 Fahnen, Banner und Embleme befanden, währte ca. eine halbe Stunde. Gegen 3½ Uhr traf die Spitze des Zuges auf dem Festplatz der Wiese des Herrn Muuss, ein. Nach Ankunft sämmtlicher Festzugtheilnehmer brachten die vereinigten Arbeiterliedertafeln das Lied: „Bundeshymne" von Dillenberger in ausgezeichneter Weise zu Gehör. Sodann bestieg Reichstags-Angeordneter Genosse Th. Schwartz das Podium, und schilderte in kurzen, treffenden Worten die gegenwärtige Situation. Seine Ausführungen gipfelten in der Mahnung, daß ein jeder Genosse, ein jeder Arbeiter, bei der bevorstehenden Protestbewegung gegen die Zolltarifvorlage seinen Mann stellen müsse. Zum Schluß gedachte der Redner unseres verstorbenen Vorkämpfers Liebknecht, dessen sterbliche Ueberreste vor einem Jahre von ungezählten Tausenden zur letzten Ruhe gebettet worden seien. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß Redner seine Ausführungen. Hierauf wurde in ebenfalls exakter Weise das Lied „Roth" von Scholz vorgetragen, welches lebhaften Beifall fand. Der Rest des Nachmittags verlief in ausgezeichneter Weise; die kolossalen Menschenmengen wogten auf dem Festplatze und in dem nahen Holz hin und her. Abends hieß es Scheiden von dem schönen Israelsdorf. Mit Musik und unter einer geradezu feenhaften Beleuchtung, hervorgerufen durch hübsch verzierte Laternen und Lampions, ging es nach Lübeck zurück, wo gegen 9½ Uhr die Auflösung des Zuges auf dem Burgfelde erfolgte. Jeder Festtheilnehmer wird mit Befriedigung an den gestrigen Tag zurückdenken, der noch seine Würze erhielt durch das schöne Wetter. Die Zahl der Theilnehmer festzustellen, ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil ein großer Theil vor resp. nach dem Festzuge nach Israelsdorf eilte, während ein anderer großer Theil die Straßenbahnen benutzte; durch Einstellung von Extrawagen konnte der kolossale Verkehr in zufriedenstellender Weise bewältigt worden. Trotz eines etwa ¾ Streiks, anscheinend hervorgerufen durch Leitungsstörungen, wurden am gestrigen Tage insgesammt ca. 19970 Personen mit der Straßenbahn befördert, ca. 2200 mehr als am vorjährigen Gewerkschaftsausflug. Wenn wir kurz resumiren, dann können wir sagen: Der gestrige Tag war ein Volksfesttag in des Wortes vollster Bedeutung!

**Das gleiche Recht für Alle** scheint für das hiesige Amtsblatt nur auf dem Papier zu bestehen. In einem Artikel „Die Hansestadt Bremen und das Welfenthum" begrüßt sein Mitarbeiter es mit Freuden, daß die Bremer Behörde anläßlich der Feier eines Stiftungsfestes des Welfenklubs „Jung-Hannover" das Halten irgend welcher Reden, das Aufführen „vaterländischer" Theaterstücke oder historisch lebender Bilder ꝛc. bei Strafe der Auflösung des Klubs verboten hat. Demgegenüber tadelt das Blatt das Verhalten der Hamburger Behörden gegenüber den Welfen; es geräth in Harnisch darüber, daß in Hamburg der Dünkel des Welfenthums insofern noch gesteigert worden ist, als man hier sogar einen öffentlichen Umzug der Welfen gestattete. Es muß nach unserer Meinung geradezu beschämend für das preußische Königreich sein, wenn das Amtsblatt den Welfen nachsagt, sie stellten „den Bestand Preußens nach dem Maaße ihrer Kraft" in Frage. Glaubt denn das Amtsblatt etwa, die Welfen würden nach dem Vorbilde Preußens handeln und wie dieses im Jahre 1866 einem König von „Gottes Gnaden" den Laufpaß geben? Ein solcher Glaube wäre zu naiv, um ernst genommen zu werden. Immerhin zeigt aber auch dieser Artikel des Amtsblattes wieder einmal, daß für das offiziöse Organ der Grundsatz: Gleiches Recht für Alle! nur in der Theorie, nicht aber in der Praxis besteht.

**Ein gefundenes Fressen** für bürgerliche Blätter ist es regelmäßig, wenn einmal in den Kreisen der Sozialdemokratie von diesem oder jenem Genossen Ansichten ausgehen, die nach Meinung bürgerlicher Blätter in Widerspruch stehen mit der Taktik der Partei. Flugs wird eine solche „große Neuigkeit" von irgend einem Tintenkuli vermöbelt und macht dann die Runde durch alle bürgerlichen Blätter, die garnicht zu wissen scheinen, daß sie durch den Abdruck eines solchen Geschreibsels ihrer selbst spotten und wissen nicht wie. Denn eine regelmäßige Begleiterscheinung derartiger Notizen ist entweder die „Spaltung" oder die „Mauserung" der Sozialdemokratie, trotzdem die eifrigsten Boobachter dieser beiden Erscheinungen zu ihrem eigenen Leidwesen immer wieder erfahren müssen, daß ihre Hoffnungen zu Wasser geworden sind. Nachdem die Poersch'sche Bekrittelung der Arbeiter als Arbeitgeber ihre Runde durch die bürgerliche Presse bereits beendet hat und dieser bereits der Stoff auszugehen droht, kommt ihnen August Heine in Halberstadt zu Hülfe, der als stellvertretender Redakteur unseres dortigen Parteiorgans in mehreren Artikeln seiner Ansicht bekanntlich dahin Ausdruck gab, daß er „lieber Kleinkrämer als Lagerhalter in einem von Arbeitern geleiteten Konsumverein, lieber freier Kleinbauer als Arbeiter in einem Kapitalisten-Großbetrieb der Feldwirthschaft" sein will, und der überhaupt nur ein menschliches Glück kennt: „in seinen eigenen Stiefeln zu stehen." Wir halten es für vollständig überflüssig, gegen diese aller Entwicklung und allem Fortschritt Hohn sprechende Anschauung zu polemisiren; es werden sich auch zweifellos keine Genossen finden, die mit der Heine'schen Ansicht irgendwie sympathisiren. Mögen die bürgerlichen Blätter nur ruhig mit derselben krebsen gehen, die Partei wird keinen Schaden davon erleiden. Der „E.-Z.", die Heine als den „allergebildetsten" Hutmacher Deutschlands bezeichnet, da er das Gymnasial-Abiturienten-Examen bestanden habe, was übrigens nicht andem ist, möchten wir jedoch bemerken, daß Jemand, der das Gymnasial-Abiturienten-Examen bestanden hat, noch lange kein „gebildeter Herr" zu sein braucht; die Redaktion der „E.-Z." hat hierfür schon mehrfach den besten Beweis geliefert.

**Sich selbst ins Gesicht geschlagen** hat sich das hiesige Amtsblatt durch den Abdruck des seitens unseres Genossen Poersch in Berlin in der „Sozialen Praxis" veröffentlichten Artikels „Arbeiter als Arbeitgeber". In demselben beklagt sich Poersch über ungenügende Bezahlung, ungerechte Behandlung und Ueberlastung der Arbeiterbeamten. Wie reimt sich denn dieser Artikel, über welchen das Amtsblatt voller Jubel ist, mit der tausendfältig wiederholten Verleumdung zusammen, die „Agitatoren mästeten sich von Arbeitergroschen"? Diese schöne Verleumdung wird sich das Amtsblatt doch wohl auf seine alten Tage nicht noch abgewöhnen wollen? Uebrigens können wir dem Amtsblatt verrathen, daß es auch insofern falsch unterrichtet ist, als Poersch noch niemals Redakteur des „Vorwärts" gewesen ist; man verwechselt ihn offenbar mit dem Genossen Hugo Poetsch. Nun, derartige Fehler sind beim Amtsblatt ja bereits etwas Alltägliches. Um auf den Artikel selbst zurückzukommen, bemerken wir nur, daß in den meisten von Arbeitern geleiteten Betrieben, zumal in den direkt von der Partei abhängigen, musterhafte Arbeitsbedingungen herrschen; dies wird auch Poersch nicht bestreiten können. Gewiß giebt es Arbeiter, denen bei der abscheulichen Behandlung, bei der jämmerlichen Bezahlung, unter der sie bei den Kapitalisten zu leiden haben, der Sinn für die Anforderungen einer weitgehenden sozialen Fürsorge getrübt worden ist, aber sie bilden die Ausnahme und die bessere Einsicht bricht sich um so eher Bahn, je fester sich die Proletarier in die Ideen der modernen Gewerkschaften und der Sozialdemokratie einleben. Auch Poersch konstatirt diese Tendenz zur Besserung ausdrücklich, das Amtsblatt aber unterschlägt in altgewohnter Weise diese Stelle. Was kann man auch von einem derartigen Organ anderes erwarten?

**„Langsam, aber sicher"** schreitet die Erörterung über die endliche Regelung unserer traurigen Bahnhofsverhältnisse fort. Nachdem im Juni seitens der Aktionäre die vorgelegten Projekte abgelehnt worden waren, soll jetzt die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre beantragt worden sein; als einzigster Punkt wird nur die Bahnhofsverlegung auf der Tagesordnung stehen. Vielleicht kommt man auch dann noch nicht zu einem definitiven Resultat und so wird denn die endgültige Regulirung wieder ein paar Monate hinausgeschoben. Die Aktionäre haben ja Zeit genug; sie leiden nicht unter der Bahnhofsmisere. Ihre Devise lautet: „Nur immer langsam voran!"

**Die Lohnkommission der Schuhmacher** sendet uns folgende Erwiderung auf die Richtigstellung des Herrn Kroll: „Wie der § 5 der Werkstattordnung aufzufassen ist, müssen doch wir, die wir den Paragraph selber geschaffen haben, am besten wissen. Es thut uns leid, nichts Schriftliches von Herrn Kroll verlangt zu haben. Für uns genügt es, festzustellen, daß Kroll jetzt Leute beschäftigt, von denen der eine beim Bauarbeiterstreik und der andere beim vorjährigen Schuhmacherstreik Arbeitswilliger gespielt hat; ob das keine Arbeitswilligen sind, überlassen wir der öffentlichen Meinung. Was die Entlassungen betrifft, so sind von den 10 in den Streik eingetretenen Leuten 8 wieder angefangen; von diesen sind nur noch 4 Leute bei Kroll beschäftigt. Die „triftigen Entlassungsgründe" sind also doch recht zweifelhafter Art."

**Arbeiterrisiko.** Infolge Umschlagens des Hangels verunglückte am Sonnabend beim Handelskammerkrahn der mit dem Aufladen von Waaren beschäftigte Arbeiter Sievers; der Verunglückte trug eine ziemlich schwere Verletzung am Unterleib davon und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

**Das von der Straßenbahn überfahrene Kind,** dem, wie berichtet, beide Beine amputirt werden mußten, ist

am Sonnabend Morgen gegen 10½ Uhr im Kinder-Hospital seinen schweren Leiden erlegen.

**Beim Baden ertrunken** ist am Sonnabend Mittag der in der Ritterstraße wohnhaft gewesene etwa 35 jährige Arbeiter J. H. Beyer. Derselbe hatte mit vier Kollegen auf den Holzplätzen gearbeitet; nach Beendigung der Arbeit ging er mit zwei Kollegen nach dem todten Arm der Trave bei Ballastkuhl, wo sie ein erfrischendes Bad nehmen wollten. Hierbei hat B. sich anscheinend zu weit hineingewagt, denn plötzlich versank er vor den Augen seiner Kameraden, die ihm als Nichtschwimmer nicht zu Hülfe eilen konnten. Der Ertrunkene, der kein besonders guter Schwimmer gewesen sein soll, hinterläßt eine Frau mit drei kleinen Kindern. Die Leiche konnte am Sonntag Morgen geborgen werden.

**In einer Laube erhängt** hat sich Sonnabend Nacht an der unteren Lachswehr ein junger, anscheinend dem Kaufmannsstande angehörender Mann. Das Motiv der That ist uns unbekannt.

**Eine heftige Explosion** ereignete sich Sonnabend Nachmittag in dem Hause Schützenstraße 55. Dort war der Bürstenfabrikant Frohde mit Löthen beschäftigt, als plötzlich auf bisher noch unaufgeklärte Weise ein Funke einen in der Nähe befindlichen Spiritusballen von ca. 5 Liter Inhalt in Flammen setzte, so daß derselbe explodirte. Hierbei erlitt Frohde erhebliche Brandwunden im Gesicht und an beiden Armen. Das Feuer wurde durch hinzueilende Einwohner gelöscht.

**Gekaufte und nicht empfangene Cigarren.** Ein hiesiger Geschäftsinhaber erstand am Freitag Vormittag auf einer Auktion in der Versteigerungshalle des Gerichtsvollzieheramtes 10 Kisten Cigarren, die er einem der dort wartenden Arbeiter zur Besorgung übergab. Dieser hat nun die Cigarren nicht abgeliefert. Die Möglichkeit erscheint nicht ausgeschlossen, daß dem Arbeiter die Adresse des Auftraggebers entfallen ist.

pb. **Der Mensch versüße sein Leben,** dachten wahrscheinlich mehrere Personen, die der im Schwartauer Gehölz zwischen der Eutiner und Travemünder Bahn belegenen Kuchenbude des Konditors Boy einen Besuch abstatteten und aus derselben neben einigen kleinen Erinnerungsgegenständen eine reichliche Menge Backwaaren, Konfituren 2c entwendeten.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Beim Ein-Einfahren von Getreide gerieth in der Nähe von Wesselburen ein bejahrter Arbeiter unter die Räder eines beladenen Wagens und trug schwere Verletzungen davon. — In der Nacht zum Freitag brannte das Stallgebäude des Gutes Osterrade bei Rendsburg nieder. Leider kam der ganze Schweinebestand, ca. 190 Stück, in den Flammen um. Als Ursache des Feuers vermuthet man Brandstiftung. — Das Schiff „Thor", Kapitän Hansen, ist auf der Fahrt von Hamburg nach Island mit der ganzen Besatzung untergegangen. Die theils aus Petroleumfässern, theils aus Brettern bestehende Ladung wurde an die isländische Küste getrieben. — Ein frecher Raubanfall wurde Sonnabend Nachmittag gegen 4 Uhr im Hause Borgeschstraße 13 in Hamburg ausgeführt. Als eine Dame die Etagentreppe hinaufging, streute ihr ein Mann Pfeffer in die Augen und entriß ihr alsdann ein Sparkassenbuch der Neuen Sparkasse Nr. 324 980 über 1139 auf den Namen Ritiger, enthaltend einen Tausendmarkschein und einen Meldeschein. Von dem Thäter fehlt jede Spur. — Wegen Sittlichkeitsverbrechens wurde der Hamburger Millionär Theodor v. Gorissen in Salzburg zu sechs Monaten schweren Kerkers und Ausweisung aus Oesterreich verurtheilt. Vor der Urtheilsfällung war v. G. jedoch verschwunden. Es heißt, daß er unter Zurücklassung seiner 50 000 Mark betragenden Kaution entflohen ist. — Seit Sonnabend Mittag wüthet in der Königlichen Forst Ahlen bei Altenbruch (Hannover) ein gewaltiger Waldbrand. Militär ist zur Hilfeleistung dorthin abgegangen. — In Geestemünde wurde ein Knabe beim Spielen mit Zementröhren, er war in dieselben hineingekrochen, schwer verletzt. — In Hude stürzte beim Einholen von Heu eine 62 jährige Frau vom Wagen und verstarb nach kurzer Zeit.

**Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.** Von den Zimmerern Hamburgs, welche am Donnerstag in sechs Bezirks-Versammlungen für oder gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung im Verbande votiren sollten, gaben 713 von ca. 1400 Mitgliedern ihre Stimme ab; hiervon waren 133 Stimmen für und 575 gegen die Einführung derselben. 5 Stimmen waren ungültig. — Ein Exempel statuiren zu müssen glaubte jedenfalls das Schöffengericht zu Jever gegenüber einem Maurer, welcher während des Maurerstreiks mit einem Arbeitswilligen kollidirt hatte. Das Gericht verurtheilte den Angeklagte zu einer Woche Gefängniß, während der Amtsanwalt nur eine Geldstrafe von 20 Mark beantragt hatte. Das Gericht soll eine große Missethat, hauptsächlich darin erblickt haben, daß der Angeklagte versucht hat, den Arbeitswilligen zum Anschluß an die Streikenden zu bewegen. Das war aber doch sein gutes, gesetzlich verbriestes Recht! Hoffentlich entscheidet das Landgericht anders.

**Altona.** Freifahrt nach der Kirche. Die königlichen Eisenbahn-Direktionen sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten ermächtigt worden, die Vergünstigungen, die nach der Freifahrtordnung Beamten und Hilfsbeamten zum Kirchenbesuche gewährt werden dürfen, künftig auch versuchsweise den ständigen Eisenbahnarbeitern, die mindestens ein Jahr im Dienste sind, sowie deren Familienangehörigen einmal in jedem Monat zu bewilligen. Dabei soll das Bedürfniß der freien Fahrt zum vorbezeichneten Zwecke in jedem einzelnen Falle sorgfältig geprüft und darauf Bedacht genommen werden, daß Mißbrauch dieser Vergünstigung ausgeschlossen ist. Zu den ganz Frommen scheint der Minister der öffentlichen Arbeiten nicht zu gehören, da er den ständigen Eisenbahnarbeitern und deren Familien, und zwar nur den mindestens ein Jahr im Dienst befindlichen, nur ein Mal im Monat die freie Fahrt zum Kirchenbesuch gewähren will. Oder sollten hier Sparsamkeitsgründe ausschlaggebend sein? Da dürfte der Herr Minister sich aber schwer verrechnen, denn die „sorgfältige Prüfung jedes einzelnen Falles" wird dem Eisenbahnfiskus theurer zu stehen kommen, als alle Freifahrten zusammengenommen. Vielleicht ließe sich die Sache einfach so regeln, daß die Freifahrtscheine der Arbeiter vom Pastor abgestempelt werden und dadurch der Kirchenbesuch beglaubigt wird.

**Flensburg.** Einprügelnder Steuermann. Vor mehreren Monaten wurde vor dem Flensburger Seeamt ein Fall verhandelt, der s. Zt. ziemlich großes Aufsehen erregte. Der 1. Steuermann des Dampfers „Dora", Hochreuter, hatte einen Jungen derart mißhandelt, daß dieser über Bord sprang. Zur Orientirung unserer Leser lassen wir nachstehend kurz den Sachverhalt, wie er vor dem Seeamt festgestellt wurde, folgen: Der Dampfer „Dora" befand sich Mitte Januar 1900 auf der Reise von Cardiff nach Buenos Ayres. Man hatte einen sechszehnjährigen Holländer, Dirck van Wessen, als Unterseward angemustert. In Cardiff, erklärte Hochreuter, habe ihm der Junge ein Goldstück gestohlen, weshalb er ihm einige Ohrfeigen gegeben habe. Später soll der Junge ihm 50 Cigarren gestohlen haben, deshalb züchtigte er ihn durch einige Schläge mit einem Morgenschuh auf den Hintern. Der Junge meldete sich darauf krank. Etwa zwei Tage später sprang er über Bord und ertrank. In einem Brief an seinen Vater nahm er Abschied von seinen Verwandten, er betheuerte, nicht gestohlen zu haben, er halte es aber auf dem Schiffe nicht mehr aus und werde daher, mit einem Schwimmgürtel versehen, über Bord springen, in der Hoffnung, von einem Schiffe aufgefunden zu werden. In der Seeamtsverhandlung hatte der Reichskommissar die Patententziehung beantragt, welcher Antrag jedoch vom Seeamt abgelehnt wurde. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft erfolgte sodann die Verhaftung des Hochreuther, der aber am nächsten Tage gegen Kautionsleistung wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Am Freitag hatte sich nun der mißhandelnde Steuermann vor der Strafkammer zu verantworten. Der Angeklagte schilderte den Steward als ein „großes Schwein"; er habe ihn nur geschlagen, um seine Besserung zu erzielen. Der Staatsanwalt beantragte wegen jedes Falles je 20 Mark Geldstrafe. Das Gericht beschloß jedoch, das Verfahren einzustellen und die Kosten der Staatskasse zur Last zu legen. In der Begründung hieß es, daß von einer Ueberschreitung der Disziplinargewalt keine Rede sein könne. Es liege leichte Körperverletzung vor, wegen dieses Vergehens sei aber kein Strafantrag gestellt. Hochreuter ist also freigesprochen. Wer hätte diesen Ausgang für möglich gehalten?

---


Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaction dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Durch die glückliche Geburt eines **Knaben** wurden erfreut
**G. Kleinfeldt und Frau,**
geb. Rieckert.

**Ein Zimmer zu vermiethen**
Lindenstraße 64.

**Wohnung zu vermiethen**
Schützenstraße 38.

**Ein freundliches Logis zu vermiethen**
Ludwigstraße 15, II.

**Arbeiterinnen**
**werden gesucht von**
**W. Sparkuhl & Co.**

Zu verk. sehr billig **1 gut erhaltenes tafelförmiges Klavier und 1 fast neues Reol,** für Cigarrengeschäft passend
Große Burgstraße 53, r.

**Zwei Zugänger**
zu verkaufen
Ratzeburger Allee 25 a.

**Ein großer wachsamer Ziehhund**
preisw. zu verkaufen W Jacobs, Gr. Steinrade.

**Verloren** ein Mitgliedsbuch mit Karten zum Gewerkschaftsausflug auf dem Wege von Sedanstraße, Ludwigstraße, Drehbrücke bis zur Engelsgrube. Abzugeben in der Exp. d. Bl.

**Ein braunschwarzer Hund,** Rufname Telli, gestern in Israelsdorf entlaufen, Steuerzeichen 1480 und 1365. Abzuliefern Ludwigstr 50, II

**2 alte weiße Kachelöfen**
zu verkaufen Engelswisch 9.

**Frische Eier**
**13 Stck. 60 Pf., 27 Stck. 1,20**
**August Holst**
Kupferschmiedestraße 7
Eier-Handlung en gros & en detail.

**Miethe-Quittungs-Formulare**
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Im Verlag „Aufklärung", Berlin (Verlag der Socialistischen Monatshefte) ist soeben erschienen:

**Die Helden der Menschheit.**

Dasselbe ist seiner volksthümlichen Verständlichkeit wegen jedem Bildungsbeflissenen sehr zu empfehlen.
Jeder Lebensbeschreibung ist das Bild des Betreffenden beigegeben.
Das Werk erscheint in ca. 50 Lieferungen à 20 Pfg. und ist zu beziehen durch die
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.

**Wichtig für jeden Arbeiter**
ist das soeben im Verlag von **R. Lipinski** erschienene:
**Merkbüchlein über das Recht im gewerbl. Arbeitsvertrag.**
Bearbeitet nach dem Bürgerl. Gesetzbuch und der Reichsgewerbeordnung.
**Preis 10 Pfg.**
Zu beziehen durch die
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50

**Holzarbeiter-Verband.**
**Mitglieder-Versammlung**
**am Dienstag den 13. August**
Abends 8 Uhr
**im Vereinshaus, Johannisstr. 50|52**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Theod. Schwartz über: „Das Ende der Zünfte".
2. Sind arbeitslose Mitglieder, welche sich öffentlich zur selbstständigen Ausführung von Arbeiten empfehlen, unterstützungsberechtigt?
3. Fragekasten. 4. Verschiedenes.

**Collegen! Erscheint recht zahlreich!**
Die Lokalverwaltung.

**Uhren reinigen . 1,50,**
**Federn einsetzen . 1,50,**
1 Jahr Garantie.
**Uhrgläser** 1. Qual. **0,30.**
**Aug. Büttner,**
Uhrmacher,
Sürstraße 32.

Complete neue **Aussteuern** mit Küchen- und Kleiderschränke nur **140** Mark.
**Plüschgarnituren** in a. **Farben** m. Muschelaufsätzen aus guten Materialien ganz neu und stark gearbeitet, nur **85** Mark.
**Salon-Sofatische,** Antoinete **20** Mk.
**Vertikows,** echt nußb. fourn. **40** „
**Spiegelschränke** mit Pfeilersp. v **25** Mk. an
**Muschelbettstellen** m. Sprungfedernm. **38** Mk.
**Kleiderschränke,** Vasenaufsatz **20** „
**Kommoden** mit Consol. u. Pilast. **18** „
**Bettstellen,** 1sch. **12** Mk., 2schl. **14** Mk.
und alle anderen **Sorten Möbel** billigst in **Koch's Möbelhaus,** Marlesgrube 45.
NB. Ich bitte meine im vorigen Jahre neu u. umgebauten **5** großen **Möbelsäle** mit der enormen **Auswahl** zu besichtigen und **Waare** und **Preise** zu vergleichen, besonders aber auch mit den sogenannten Konkurs- und anderen Ausverkäufen.

**Gesundheitsschutz**
**in Staat, Gemeinde u. Familie.**
Herausgegeben von
**Emanuel Wurm**
unter Mitwirkung von Aerzten und Fachgelehrten
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.


**St. Jürgen-Liederkranz**

Folgende Gewinnnummern sind gezogen:

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 9 | 42 | 52 | 61 | 70 | 73 | 79 | 161 |
| 205 | 212 | 229 | 238 | 268 | 277 | 318 | 384 |
| 463 | 520 | 541 | 551 | 607 | 672 | 703 | 750 |
| 760 | 773 | 779 | 786 | 807 | 889 | 890 | 899 |
| 925 | 948 | 960 | 984 | 992 | 1001 | 1016 | 1028 |
| 1031 | 1037 | 1097 | 1202 | 1207 | 1257 | 1264 | 1289 |
| 1333 | 1343 | 1346 | 1352 | 1369 | 1457 | 1465 | 1467 |
| 1529 | 1543 | 1570 | 1597 | 1631 | 1638 | 1671 | 1703 |
| 1722 | 1774 | 1853 | 1918 | 1930 | 1994. | | |

Die Gewinne sind am Montag und Dienstag Abend von 7 Uhr an im Concordiagarten abzuholen. Die bis zum 1. September nicht abgeholten Gewinne fallen der Unterstützungskasse zu.
Der Vorstand.


**Passagierdampfschifffahrt.**
Ab Travenpavillon 2,00 Nachm. Lübeck-Travemünde täglich. Lübeck-Dassow Mittwoch und Sonnabends. Näheres Fahrplan.



Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete": Johannes Stelling. — Verleger: Theod. Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 187. Dienstag, den 13. August 1901. 8. Jahrgang.

## Vom Arbeiterschutz in Neu-Seeland.

Die Schweiz der westlichen Halbkugel, wie man Nee-Seeland oft mit Bezug auf seine herrliche geographische Lage bezeichnet hat, hat mit der europäischen Alpenrepublik auch die Eigenschaft gemein, ein Versuchsland der Demokratie zu sein. Während aber unsre Schweiz bisher vorwiegend auf formalpolitischem Gebiet reformirt hat, in der Sozialpolitik aber nach einigen hoffnungsvollen Anläufen ins Hintertreffen gerathen ist — wofür wir selbstverständlich nicht die Demokratie, sondern die eigenthümliche Volkszusammensetzung und gewerbliche Verfassung der Eidgenossenschaft verantwortlich zu machen haben, — ist die Alpenrepublik Australiens fast mehr noch eine sozialpolitische als eine formalpolitische Versuchsstation. Neu-Seeland hat die vorgeschrittenste Arbeits-Gesetzgebung der Welt. Es ist das erste Land, das für gewerbliche Konflikte den Schiedszwang eingeführt hat und dessen Schiedsgerichten das Recht zusteht, Mindestlöhne — diese ökonomische Ketzerei vor dem Herrn — festzusetzen.

Sehr begreiflich, daß die Augen der Sozialpolitiker sich immer wieder auf Neu-Seeland und die ihm nacheifernden australischen Kolonien *) richten. Begreiflich auch, daß die Gegner demokratischer Sozialpolitik jede Klage über Folgen jener Gesetze begierig aufgreifen und weiter kolportiren. Um so wichtiger aber für die Arbeiterpresse, sich über die wirkliche Sachlage in jenen Ländern auf dem Laufenden zu halten.

Im vorigen Jahre hat ein amerikanischer Schriftsteller, Mr. Henry Demarist Lloyd, der Verfasser der klassischen Anklageschrift gegen die amerikanischen Trusts „Wealth against Commonwealth" (etwa: Reichthum als Gegner des Gemeinwohls), Neu-Seeland bereist und neben einem größeren Buch über seine Eindrücke auch ein nicht sehr umfangreiches Buch geschrieben, das sich speziell mit den Wirkungen des gewerblichen Schiedszwangs in Neu-Seeland befaßt. Es führt den Titel „A Country without Strikes" **) — ein Land ohne Streiks. Mr. Lloyd erbringt eine ganze Anzahl Stimmen von Angehörigen verschiedener Berufe und Gesellschaftsklassen, Unternehmer wie Arbeiter, Richter und Politiker, die sich sämmtlich zu Gunsten des Gesetzes aussprechen und ihm gute Wirkungen nachsagen. Und er erbringt eine ganze Reihe von Thatsachen, die diese Urtheile unterstützen. Das Gesetz hat seine Gegner in Neu-Seeland, aber die Masse der Bevölkerung ist entschieden stolz darauf, es zu besitzen. Es ist die Schöpfung eines Mitgliedes der Regierungspartei, nämlich des Herrn W. P. Reeves, der lange Jahre Arbeitsminister für Neu-Seeland war und als solcher das Gesetz ausgearbeitet und im gesetzgebenden Körper zur Annahme gebracht hat. Aber selbst der Führer der konservativen Oppositionspartei — in Neu-Seeland ist die Demokratie am Ruder — erklärte bei der Schlußabstimmung: „Ich glaube, wir haben jetzt nahezu das allerbeste Gesetz, das im Interesse der Kolonie ersonnen werden konnte." Das führende Organ der Oppositionspartei, die „Otago Daily Times" schrieb 1899: „Es kann selbst nicht einmal bloß mit Scheingründen behauptet werden, daß das Einigungs- und Schiedsgesetz bis jetzt schädlich oder nachtheilig gewirkt hat." Und Mr. James Wills, Direktor einer großen Dampfschiffs-Gesellschaft, der Union Steamship Company, der Massen von Arbeitern beschäftigte, erklärte am 19. Oktober 1897 vor der Handelskammer von Dunedin, das Gesetz sei nach seiner Ansicht sehr wohlthätig, und sie schuldeten der Regierung und Mr. Reeves Dank, ihm seine jetzige Gestalt gegeben zu haben. Er sei sicher, daß „im Schiedszwang die wahre Lösung aller Arbeiterschwierigkeiten liege." Daß die organisirten Arbeiter, auf deren Betreiben das Gesetz geschaffen wurde, seine Freunde sind, ist selbstverständlich. „Die Arbeiter", erklärte ein Arbeiterführer dem Mr. Lloyd, lieben diese Art „Sklaverei." Sie haben sich fast alle für die Zwecke des Gesetzes registriren lassen."

Eine der wichtigsten Eigenschaften des Schieds- und Einigungsgesetzes von Neu-Seeland ist nämlich, daß es Arbeitern wie Prinzipalen sozusagen zur Pflicht macht, sich zu organisiren und ihre Organisationen behufs Genusses ihrer Wohlthaten eintragen zu lassen. „Ein Gesetz zur Ermuthigung der Bildung von gewerblichen Vereinen und Verbindungen und zur Erleichterung der Beilegung von gewerblichen Konflikten durch Einigung und Schiedsspruch", war sein ursprünglicher Titel. Der einleitende Satz ist in Wegfall gekommen, aber es wird in seinem Sinne gehandelt.

Nur Organisationen können das Gesetz anrufen, aber die vorgeschriebene Mindestzahl von Mitgliedern — bei den Arbeitern sieben — ist so gering, daß keiner Gewerbsgruppe, die überhaupt ernsthafte Beschwerden hat, die Möglichkeit der Nutzbarmachung des Gesetzes verschlossen ist. Andererseits hat kein Arbeiter oder Unternehmer Vortheil davon, wenn er außerhalb der Organisation bleibt. Denn wenn das Schiedsgericht es für geboten hält, kann es seine Entscheide auch für außerhalb der Organisationen stehende Berufsangehörige bindend machen.

Die Zweckmäßigkeit dieser Vollmacht leuchtet ohne weiteres ein. Ohne sie würde es einer Minderheit von Unternehmern oder Arbeitern möglich sein, durch Verweigerung des Beitritts zum Gewerbsverband oder Austritt aus demselben die Beschlüsse des Schiedsgerichts zu vereiteln. Mit Recht ist denn auch behauptet worden, das Gesetz sei faktisch nur für die Minderheiten, die der Organisation aus Kurzsichtigkeit, Egoismus oder ähnlichen tadelnswerthen Motiven fernbleiben. Da beide Parteien in gleicher Stärke im Schiedsgericht vertreten sind, ergänzt durch einen dem Parteikampf entrückten Richter des Obergerichts, ist die Gefahr, daß es Entscheidungen trifft, die das Gewerbe des Landes schädigen könnten, außerordentlich gering. Zumal es dem Schiedsgericht freisteht, in schwierigen Fällen Sachverständige heranzuziehen, die wiederum zu gleichen Theilen aus beiden Lagern genommen werden müssen.

Eine andere Befürchtung, daß die Berufsjuristen, die „nichts vom Geschäfte verstehen", ein lästiges Element bilden und ihr Gewicht für undurchführbare Beschlüsse in die Wagschale werfen würden, hat sich ebenfalls als unbegründet erwiesen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sie manchmal besser beurtheilen, was dem Geschäft frommt, als die Geschäftsinhaber selbst.

Der erste Berufsrichter des Schiedsgerichts war ein Mann, der von Geburt und Verbindungen den besitzenden Klassen angehörte, und seiner politischen Stellung nach ein „Tory". Die Arbeiter sahen daher seiner Amtirung mit ziemlichem Mißbehagen entgegen. Aber thatsächlich gab er seine Stimme in neun von zehn Fällen zu Gunsten der Arbeiter ab, und es war gerade dieser Richter, der die Praxis schaffen half, daß den Unternehmern vom Schiedsgericht auferlegt wird, beim Einstellen von Arbeitern in erster Reihe Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft zu berücksichtigen und erst, wenn solche nicht zu haben sind, Nichtgewerkschaftler zu berücksichtigen.

Dieser Zwang entspricht durchaus dem Geist des Gesetzes, das auf Organisation aller Arbeiter und Unternehmer abzielt, und verliert, je mehr es in dieser Hinsicht seinen Zweck erfüllt, umsomehr seine Schrecken. Auch wird der Beschluß der Bevorzugung der Gewerkschaften nicht ohne die Auferlegung entsprechender Verpflichtung an diese gefaßt. So wurde in einem Falle der Gewerkschaft der Maler des Ortes Christchurch als Gegenverpflichtung vorgeschrieben gehörige Listen ihrer Beschäftigungslosen zu führen und den Meistern zur Einsicht offen zu halten. Ferner darf die Gewerkschaft nicht zur Zunft ausarten, sondern muß allen Berufsgenossen, die sich ordentlich führen, den Eintritt offen halten. Auf diese Weise ist eine Lösung des Problems der Arbeitswilligen gegeben, die allen Betheiligten gerecht wird.

Was nun die Frage der Mindestlöhne anbetrifft, so ist es klar, daß solche, wenn sie nur auf eine Klasse leistungsfähiger Arbeiter und deren Aristokratie zugeschnitten sind, für die schwächeren Arbeiter große Härten mit sich bringen können, wenn ihre Festsetzung sie nicht ganz außer Arbeit setzt. Aber das ist in Neu-Seeland nicht der Fall. Die Einigungs- und Schiedsgerichte, denen das Gesetz Vollmacht zur Bestimmung von Mindestlöhnen giebt, nehmen auch auf die in ihren Leistungen hinter dem Durchschnitt zurückbleibenden Arbeiter Rücksicht. „Bei jedem Konflikt", schreibt Mr. Lloyd, „setzen die betreffenden Gerichte die Mindest- oder Durchschnittslöhne fest. Ihre Regeln enthalten sorgfältig ausgearbeitete Bestimmungen für bessere, Durchschnitts- und niedere Arbeiter. Niemand darf für weniger als den Durchschnittslohn angestellt werden, ausgenommen Leute, die nicht im stande sind, so viel zu arbeiten, um den Durchschnittslohn zu verdienen. Der diesen gezahlte Lohn muß aber, wenn Einwand erhoben wird, vom Einigungsamt des Orts gutgeheißen werden."

Es ist also dafür gesorgt, daß die schwächeren Arbeiter beschäftigt werden können, ohne zu Lohndrückern zu werden, und es ist daher ziemlich zweifelhaft, ob wirklich eine größere Anzahl wieder leistungsfähiger Arbeiter aufs Pflaster gesetzt worden sind. Wäre es der Fall, so würde dies nicht gegen das Prinzip des Gesetzes, sondern gegen seine Ausführung sprechen, und Fehler in der Ausführung sind auch anderwärts nicht selten. Aber wie reimt sich mit dieser Meldung von der massenhaften Zahl der von den Industriellen verworfenen Arbeiter die gleichzeitige Meldung der Klage der Landwirthe, daß ihnen die Industrie alle Arbeiter entziehe? Zum mindesten liegt da große Uebertreibung vor.

Mr. Lloyd theilt eine ganze Reihe von Beispielen mit, die zeigen, daß die Schiedsgerichte sehr sorgfältig auf die Konkurrenzbedingungen der betreffenden Gewerbe Rücksicht nehmen, ob sie, wie die Baugewerbe, fast ausschließlich Lokalgewerbe sind, oder mit provinzieller oder gar Weltmarktkonkurrenz zu rechnen haben.

Das ist gerade eines der Hauptzüge des Gesetzes, daß es das Zwangsprinzip enthält — und ohne dieses sind alle Einigungsgesetze wirkungslos — ohne in starren Formalismus aufzugehen und alles über einen Leisten zu schlagen. Es ist in Bezug auf die grundlegenden Bestimmungen streng, sonst aber durchaus elastisch und erlaubt es, allen Besonderheiten des einzelnen Falles soweit Rechnung zu tragen, als dadurch nicht der Zweck der Grundbestimmungen wieder aufgehoben wird.

Sicherlich ist das Gesetz noch nicht vollkommen und mag in der Ausführung noch mancher Verstoß begangen werden. Vergleicht man aber die Zustände, die es geschaffen hat, mit denen, die vorher herrschten, so senkt sich die Wagschale tief zu seinen Gunsten. Vorher herrschten beständige Ausstände und Aussperrungen, die beiden Theilen enorme Kosten auferlegten. Sie haben völlig aufgehört, alle Streitfragen werden vor Schiedsinstanzen gebracht oder im Bewußtsein ihrer Existenz durch freie Abmachungen erledigt. Die Entscheidungen der Schiedsgerichte haben in Bezug auf viele Punkte, die zu spezieller Natur sind, als daß der Gesetzgeber sich mit ihnen befassen könnte, praktisch Gesetzeskraft für das Gewerbe erlangt.

Wie wenig das Gesetz aber die Entwicklung der Industrie in Neuseeland gehindert hat, zeigen folgende Zahlen. Vom Jahre 1895 ab, mit dessen Beginn es in Kraft trat, wurden in den Fabriken und Werkstätten Neu-Seelands 29 879 Arbeiter beschäftigt. Von da ab sind die Zahlen:

*) Es sei hierbei bemerkt, daß Neu-Seeland zwar geographisch zu Australien gehört, politisch aber außerhalb der soeben gegründeten australischen Bundesrepublik steht. Es bildet ein selbstständiges Gemeinwesen, das zwar, wie jene, unter britischer Oberhoheit steht — und die Neu-Seeländer sind sogar große Imperialisten — aber in allen Fragen der heimischen Gesetzgebung und Verwaltung republikanische Selbstregierung ausübt.

**) New York, Doubleday, Page u. Co.

## Judith Trachtenberg.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

(25. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ach!" schluchzte die Miriam Gold, „ich wein' nicht, es weint so von selbst aus mir heraus! . . . Sie war ja doch mein Kind, mein Fleisch und Blut!"

„Na, ich hab' ja auch in der ersten Zeit nichts gesagt", sagte die Wirthin. „Aber nun ist sie vier Monat' todt, und Ihr weint Euch noch täglich die Augen aus. Sagt, müssen wir nicht alle sterben, und wie oft die Jungen vor den Alten? Hab' ich nicht meine Rachele begraben müssen? Und meine Rachele — aber ich will Euch nicht kränken . . ."

„Ich weiß, was Ihr sagen wollt", erwiderte die Mariam. „Daß Euer Rachele ein brav' Kind war und meine Lea nicht. Aber wenn sie auch zur Kirche gegangen ist und eines Bauern Weib wurde, habt Ihr's schriftlich, Muhm' Malke, habt Ihr's schriftlich, daß unser Herr da oben — sein Name sei gelobt — von der Lea so denkt wie Ihr?!"

„Ja, Muhm' Miriam", sagte die Wirthin ernst, fast feierlich, „das haben wir alle schriftlich. Da steht's!" Sie wies auf die Bibel, die auf dem Fensterbrett lag. „Gott will es nicht, daß aus einer Lea eine Barbara wird . . ."

„Wir werden's nicht ausmachen!" erwiderte die Greisin abwehrend und fuhr sich mit der Schürze über die rothgeweinten Lider. „Laßt mir den Trost, daß Er auch meinem armen Kinde ein gnädiger Richter gewesen ist. Und als es mit ihr zu Ende ging, da hat sie sich wohl erinnert, daß sie einst Lea geheißen hat. Da schickte sie ja zu mir und ließ mich flehentlich bitten, zu kommen. Aber ich war zu feig dazu und ließ mich überreden und that meinem armen Kinde noch diese letzte Kränkung an. Ihr ist nun wohl, aber an mir zehrt die Reue, und darum wein' ich Muhm' Malke, und werd' gar nicht aufhören zu weinen . . ."

„Ihr wißt", erinnerte die Wirthin, „ich habe Euch, als Ihr mich fragtet, nicht zu- noch abgeredet. Ich sagte, Ihr müßt den Rabbi und die andern Frommen befragen. Das ist keine Weibersach'!"

„O, es war eine Weibersach'!" schluchzte Miriam. „Wer darf zwischen Mutter und Kind treten? Aber da schüchterten sie mich ein; Gott wolle es nicht, und als ich zu Rafael ging, da erwiderte er: „Mein Almosen soll Euch nicht entzogen sein, auch wenn Ihr's thut, aber ich kann nicht dazu rathen. Eure Tochter stirbt ja nicht, sie ist längst todt. Ich an Eurer Stelle ginge nicht. Ich weiß, Ihr seid glücklicher als ich. Eure Lea wurde keine Ehrlose, wie meine Schwester. Aber", sagte er . . ."

Ein Wehlaut, kurz, schrill, gellend, klang durchs Gemach, daß beide Frauen zusammenschraken. „Was ist Euch?" riefen sie der Fremden zu. Sie hatte die Hände vors Gesicht geschlagen, das Tuch war ihr vom Kopfe geglitten, daß man das rothblonde, mit grauen Strähnen durchzogene Haar sah.

Die Wirthin wich einen Schritt zurück und starrte mit einem Grauen, mit einem Abscheu auf dies gelöste Haar, als hätte sich ihr plötzlich ein Nest von Nattern entgegengeringelt. „Was ist das?" schrie sie auf. „Seid Ihr kein ehrlich jüdisch Weib, daß Ihr Euer eigen Haar tragt?"

Auch die Miriam stand wie gelähmt. „Barmherziger Gott!" murmelte sie. „Dieses Haar — die Unglückliche . . ."

„So antwortet doch!" rief die Wirthin, zur Fremden gewendet. „Hier ist ein jüdisch Haus! Man will wissen, wen man beherbergt!"

Die Miriam trat auf sie. „Still!" murmelte sie. „Erkennt Ihr sie denn gar nicht? Es ist ja doch die Judith . . ."

„Die Judith!" schrie die Wirthin gellend auf. „Hinweg!"

Judith ließ die Hände sinken und wandte ihr das Antlitz zu. „Ich geh' ja schon", murmelte sie, „ich geh' schon!"

Mit weit aufgerissenen Augen starrte die Wirthin in diese todesblassen Züge, die sie einst — es schien ihr wie gestern — schön und hold gesehen, auf die gebeugte, von Fieberschauern durchrüttete Gestalt. „O!" murmelte sie endlich vor sich hin, „da hat Gott gestraft!"

Die Miriam aber war auf Judith zugeeilt. Nicht in Tropfen, wie vorhin — in Strömen schossen ihr die Thränen über die runzeligen Wangen, und mit leidenschaftlicher Inbrunst umfaßte sie die zarte Gestalt und strich mit ihren welken Händen über das verhärmte Antlitz. „Du Aermste," stieß sie bebend hervor, „Du Aermste, Dich sendet mir Gott!"

Die Wirthin sah befremdet zu. Wie tief ihr Groll gegen die Abtrünnige war, bei diesem Anblick empfand sie ein leises Brennen der Lider. Sie wandte sich zur Thür. „Macht's kurz, Muhm' Miriam," sagte sie, „ich muß es nun meinem Mann sagen, und der wird's nicht leiden." Und im Hinausgehen murmelte sie vor sich hin: „Wie mitleidig die Miriam ist! Ich wollt's auch sein, wenn ich mich nicht vor Gott fürchten würde."

Dies Mitleid aber brach so ungestüm hervor, daß es selbst diesen unsäglichen Jammer zu rühren vermochte. „Ich weiß," stammelte Judith, „ich weiß, Miriam, Ihr habt mich immer lieb gehabt . . ."

„Sehr lieb," murmelte die Greisin. „Du warst ja so schön und gut, o, so gut! Als ich damals erfuhr, sie hätten Dich im Garten mit dem Grafen gesehen, da gab es mir einen Stich da innen und das Herz that mir weh, fast so weh, wie an jenem Tag, da mir mein armer Mann sagte: „O Weib, wäre doch Dein Schoß lieber verschlossen geblieben. Unsere Lea hält es mit dem Wassilj!" In meiner

| Jahr | Beschäftigte Arbeiter | Zunahme gegen 1895 |
|---|---|---|
| 1896 | 32 387 | 2 508 |
| 1897 | 36 918 | 7 039 |
| 1898 | 39 672 | 9 793 |
| 1899 | 45 305 | 15 426 |

Eine Zunahme von über 50 Prozent. So hat das „sozialistische" Gesetz die Industrie Neu-Seelands ruinirt.

Ed. B.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Auf dem Oberbilker Stahlwerk bei Düsseldorf legten am Donnerstag 25 Mann die Arbeit nieder, weil sie im Akkord weniger als ihren Lohn verdienten. — In der Solinger Scherenbranche bestehen schon seit einiger Zeit Differenzen wegen des Lohntarifs, die jedoch noch nicht zu einem offenen Konflikt zwischen den Arbeitern und den Fabrikanten gekommen sind. Jetzt hat der Verein der Scherenfabrikanten beschlossen, den von ihm aufgestellten, von den Arbeitern aber nicht anerkannten Tarif am 15. August in Kraft treten zu lassen. Wenn die Fabrikanten diesen Beschluß wirklich ausführen, dann dürfte der Streik unvermeidlich sein. — Die Stuttgarter Bäckergesellen befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie verlangen einen Minimallohn von 25 Mark für Schießer, 23 Mark für zweite und 20 Mark für dritte Gesellen, außerdem Kost und Logis außerhalb des Hauses des Meisters, Berechnung der gesetzlichen Ueberstunden mit je 50 Pfg., Angliederung des Arbeitsnachweises an das Städtische Arbeitsamt 2c. Von den 420 in Stuttgart beschäftigten Gesellen haben sich mehr als 300 der Bewegung angeschlossen. Man will noch einmal bei den Meistern vorstellig werden, und wenn diese nicht bewilligen, die Arbeit niederlegen. — Der Ausstand der Sammetweber in St. Etienne (Frankreich) ist beendet. Die Ausständigen haben geringe Erfolge zu verzeichnen.

**In Cunewalde** scheint es zu erneuten Konflikten zwischen den Webern und den Fabrikanten zu kommen. Als der Streik beigelegt wurde, hatten die Fabrikanten versprochen, alle Ausständigen nach und nach wieder einzustellen. Dies Versprechen ist nicht gehalten worden. Etwa 100 Weber blieben aus den Fabriken ausgeschlossen. So unverantwortlich das Verhalten der Fabrikanten auch war, die Weber beantworteten den Wortbruch der Unternehmer nicht mit einem neuen Kampf, sondern sie halfen sich durch Gründung einer Genossenschaft der Beschäftigungslosen. Neuerdings wird wieder ein Gewaltakt aus Cunewalde gemeldet, der, weil er sich gegen die eben erst geschaffene Organisation der dortigen Weber richtet, nicht stillschweigend hingenommen werden dürfte. Die „Zittauer Morgenzeitung" berichtet, daß die Firma F. W. Kloß, welche nur die Hälfte der vor dem Streik von ihr beschäftigten Arbeiter wieder eingestellt hat, einem Weber deshalb kündigte, weil er die Verbandsbücher der Arbeiterinnen einsammelte, um sie abzustempeln. Die Firma erklärte bei dieser Gelegenheit, daß sie organisirte Arbeiter in ihrem Betrieb nicht dulde. Da nun die in Frage kommenden Arbeiter alle organisirt sind, so bedeutet diese Erklärung, falls sie ausgeführt wird, eine allgemeine Maßregelung der Organisirten. Daß die Arbeiter sich einen solchen Gewaltakt nicht gefallen lassen, liegt auf der Hand, und die Fabrikanten würden daher gut thun, nicht durch neue Provokationen einen Kampf heraufzubeschwören, welcher nicht zu ihren Gunsten enden kann.

**Der Generalstreik der Flaschenmacher Deutschlands** dauert unverändert fort. Wie nachträglich bekannt wird, hat die Direktion der „Stralauer Glashütte, Aktiengesellschaft" bereits zweimal Vermittlungsversuche, die von dritter, unbetheiligter Seite gemacht wurden, abgelehnt. Es handelte sich, wie geschrieben wird, das erste Mal um den Vorschlag des Gemeindevorstehers, der die Fabrikwohnungen von der Direktion abmiethen wollte, damit die Arbeiter wohnen bleiben könnten, weil befürchtet werden mußte, daß die Arbeiter keinen Wohnungsersatz finden würden. Dieser, wie der zweite, spätere Vorschlag des Gemeindevorstehers, zur Verhütung der Arbeitsniederlegung eingreifen zu dürfen, wurde von der Direktion zurückgewiesen; die Direktion sei nur zu direkten Verhandlungen mit den Ausständigen bereit. In Berlin macht sich bereits ein Mangel an Flaschen bemerkbar. Abgesehen davon, daß die Bestimmung „Keine Flasche ohne Pfand" mit größter Schärfe durchgeführt wird, beginnen einzelne Wirthe, 15 Pfg. Pfand zu nehmen. Welchen Ausfall die Flaschenfabrikation hat, erhellt daraus, daß Stralau im vergangenen Jahre im Durchschnitt ½ Million Flaschen wöchentlich fabrizirte, welche Zahl jetzt, bei günstiger Konjunktur, die vor dem Streik bereits herrschte, noch übertroffen würde. Die Minderproduktion für Stralau beträgt daher jetzt schon 1 Million Flaschen. Für die Streikenden laufen ständig größere Summen ein, obwohl die Unterstützung erst in dieser Woche beginnt. Unter diesen Verhältnissen ist die Stimmung unter den Streikenden, die sämmtlich organisirt sind, sehr zuversichtlich.

## Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Ein Opfer seines Berufes ist der Frauenarzt Dr. Holland in Berlin geworden. Er hatte vor einigen Tagen in einer Frauenklinik eine Operation vollzogen. Hierbei verletzte er sich unbedeutend an der linken Hand, doch bald trat Wundansteckung ein und ihr erlag binnen Kurzem der erst 35 Jahre alte Mann. — Bei Oberweißbach (Thüringen) wurde der 65jährige Hirte Grimm im Walde mit durchschnittener Kehle als Leiche aufgefunden. In der Nähe des Todten, dessen Kopf zwölf Wunden aufwies, lag ein offenes blutbeflecktes Messer. Es liegt zweifellos Raubmord vor. Die Uhr des Todten wird vermißt. — Der „Hann. Cour." meldet vom Eichsfelde: Im Dorfe Siemrode bei Heiligenstadt herrscht eine schwere Typhusepidemie. — Eine unsinnige Wette hat dem Fabrikarbeiter Karl Schaberg aus Hildhausen das Leben gekostet. Er wettete mit einigen Arbeitskollegen, den Leitungsdrath der Kraftleitung der Bergischen Elektrizitätswerke bei Solingen mit der Hand berühren zu wollen. Kaum war dies geschehen, so stürzte der Vorwitzige, vom Strome getödtet und schreckich verbrannt, zu Boden. — In der Trunkenheit zum Kindesmörder geworden ist der Anstreicher R. Munkel in Lennep. Er kam kürzlich nachts im angetrunkenen Zustande nach Hause und zerstörte alles in seiner Wohnung, wodurch er seine Frau zur Flucht durch das Fenster nöthigte. Als die Frau in die Wohnung zurückkehrte, fand sie ihren kleinsten Knaben todt und ein älteres Mädchen mit einer schweren Kopfverletzung im Zimmer vor. Munkel erklärte bei seiner Vernehmung, von dem Geschehenen nichts zu wissen. — Der in der evangelischen Gemeinde in Düsseldorf wirkende Pastor Duesberg hat infolge sittlicher Verfehlungen das Amt eines Vorsitzenden des Presbyteriums niedergelegt und überhaupt seine Amtsthätigkeit eingestellt. Die Angelegenheit erregt natürlich in der Bürgerschaft „peinliches Aufsehen." — Drei Kinder aus Granterath bei Erkelenz hatten Tollkirschen gegessen und erkrankten daran schwer. Das eine derselben, ein sechsjähriger Knabe, starb in Folge des Genusses dieser giftigen Beeren. — An Pilzvergiftung ist in Wüstenselbitz bei Hof (Bayern) die Frau des Metzgermeisters und Schankwirthes Buchte und deren 15jährige Tochter unter fürchterlichen Schmerzen gestorben. Die vier kleineren Kinder sowie eine Näherin, die ebenfalls von den giftigen Schwämmen genossen hatten, konnten gerettet werden. — Einer der Mörder des Gefängnißaufsehers Dettelbach in Mengen (Württemberg) Michael Pfister von Satteins, hat sich jetzt (wir haben s. Zt. über den Mord berichtet. Red.) freiwillig beim Gericht gestellt. Die beiden Andern scheinen sich nach Baden geflüchtet zu haben. — Ein furchtbares Unwetter ist im böhmischen Tausthal niedergegangen. Aus zahlreichen Ortschaften laufen Schreckensbotschaften ein. So viel bis jetzt bekannt ist, sind elf Personen ertrunken. — Die Nadasdy-Kaserne in Budapest droht einzustürzen. Die Soldaten mußten ausquartirt werden. — In Szent Ivan (Ungarn) vergiftete sich eine Frau sammt ihren fünf Kindern aus Noth. Der Hauswirth, der sie exmittirt hatte, konnte sich nur durch schleunige Flucht vor der Lynchjustiz seitens der erbitterten Hausbewohner retten. — Eine aus 63 Personen bestehende Bande versuchte in der vorletzten Woche in Varna und Rustschuk, von wohlhabenden Einwohnern große Geldsummen zu erpressen. Es ist gelungen, vier Mitglieder der Bande festzunehmen. — Auf der Station Veselikut bei Odessa fand ein Zusammenstoß eines Güterzuges mit einem Dampfwagen statt. Drei Waggons wurden zertrümmert, ein Passagier getödtet und ein anderer verletzt. — Bei dem Brande einer Dampfmühle in Saratow (Rußland) fanden mehrere Arbeiter den Tod in den Flammen. Der Schaden ist beträchtlich.

**Der Oberbürgermeister unter Polizeiaufsicht.** Herr Oberbürgermeister Marx in Düsseldorf ist insofern ein jovialer Herr, als er zeitweise auch einmal die Düsseldorfer Zehnpfennigkneipen aufsucht, um sich dort im Kreise von Plebejern das Düsseldorfer Weißbier tüchtig munden zu lassen. Diese seine nicht unüble Gewohnheit hat nun Herrn Oberbürgermeister Marx — man sollte das kaum für möglich halten — unter die regelrechte Polizeiaufsicht gebracht: Der Chef der Düsseldorfer Polizei unter Aufsicht seines Untergebenen, Herrn Kommissar Melles! Das Histörchen hat den Vorzug wahr zu sein und wurde jüngst von Herrn Oberbürgermeister Marx im Kreise von Stadtverordneten vor dem Herrn Regierungspräsidenten von Holleufer zum Besten gegeben. Es war um die Zeit, da Marx zum Oberbürgermeister gewählt wurde; Marx ging damals mit einigen Beigeordneten und Stadtverordneten in die Düsseldorfer Kneipe Sonnen auf der Flingerstraße. Für gewöhnlich finden sich dort die Bürgersleute und die Arbeiter ein, jedoch auch „feine" Herren allerlei Kouleur. Wie nun am Tage darauf der Oberbürgermeister in seiner Amtsstube sitzt, klopft es an die Thür. Und nun kam ungefähr folgender Dialog: Oberbürgermeister Marx: „Herein!" Polizei-Kommissar Melles (eintretend): „Guten Tag, Herr Oberbürgermeister." Oberbürgermeister Marx: „Nun, Herr Melles, Sie wünschen?" Polizeikommissar Melles: „Herr Oberbürgermeister, ich komme in einer ernsten Angelegenheit. Ich habe gestern zu meinem Befremden wahrgenommen, daß der Herr Oberbürgermeister in die gewöhnliche Kneipe von Sonnen auf der Flingerstraße geht. Ich meine, diese Kneipe sei doch zu gewöhnlich für einen Bürgermeister von Düsseldorf; und es dürfte sich doch, Herr Oberbürgermeister Marx, empfehlen, wenn Sie künftig derartige Lokale meideten. Anderenfalls könnte es doch Anstoß erregen!!!" Oberbürgermeister Marx: „Herr Polizeikommissar Melles, ich muß mich als Oberbürgermeister Düsseldorfs sowieso schon von so Manchem zurückziehen, wenn ich nun auch kein Düsseldorfer Bier trinken soll — — — — — Guten Morgen, Herr Kommissar, guten Morgen . . . . ." Der Oberbürgermeister zeigte, sich erhebend, auf seine Zimmerthür und sein Untergebener, der Herr Kommissar Melles, ging hinaus. — Das Geschichtchen ist durchaus wahr. Der Herr Oberbürgermeister hat es letzthin beim Schützenfest zum Besten gegeben. Und die „Düsseldorfer Volksztg." macht es kund und zu wissen allen Denen, die da sagen, daß wir in keinem Polizeistaat leben. Wie aber mag sich im Kopfe des Polizeikommissars Melles die Machtbefugniß eines Kommissars malen?!

**Zu der kriegsgerichtlichen Bestrafung** des Unteroffiziers Rülke in Zwickau wegen Einführung des „Sächsischen Volksblattes" in die Kaserne theilt das genannte Zwickauer Parteiorgan noch folgendes mit: R. war auf dem Bureau beschäftigt und arbeitete nebenher für die „Zwickauer Neuesten Nachrichten" als militärischer Berichterstatter. Um eine Notiz zu verwerthen, hatte er ein Exemplar des „Sächsischen Volksblattes" mit in die Kaserne gebracht. Dieses fand man bei ihm und stellte ihn deshalb unter Anklage. Die Verhandlung endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu sechs Wochen Mittelarrest. — Nun wird die Verseuchung der Zwickauer Kaserne durch sozialistische Schriften wohl wieder beseitigt sein. Der gute Ruf der sächsischen Armee ist „gerettet".

**Um die Sittlichkeit der Bewohner** seines Dorfes scheint der Gemeindevorstand von Frohnau in Sachsen aufs ärgste besorgt zu sein und rafft sich deshalb zu Thaten auf, die die Gemeinde in nicht geringe Aufregung bringen. In Begleitung des Schutzmannes machte sich der um die Sittlichkeit so besorgte Herr Vorstand vor kurzem in den Nachtstunden auf die Beine und begehrte, der „Chemn. Volksst." zufolge, in verschiedenen Häusern (man spricht von elf Fällen) Einlaß, um nachzusehen, ob nicht etwa das darin vermuthete Liebespärchen noch armumschlungen beisammensitze, oder ob gar der Bräutigam vergessen habe, den Nachhauseweg anzutreten. Wahre Spukgeschichten werden von diesem Rundgang erzählt. Das ganze Dorf ist in Aufregung über diesen merkwürdigen neuesten Regierungsakt des Gemeindeoberhauptes.

---

Herzensangst lief ich zu Dir hin und erzählte Dir die Geschichte meines Kindes, um Dich zu warnen: so schwer es mir auch fiel, ich that es Dir zu liebe! Ach, es war umsonst! Wie hab' ich Dir nachgeeiauert, beten durft' ich ja nicht für Dich — sie sagen ja, daß es eine Sünde ist, für eine Abtrünnige — Du bist doch Christin?" unterbrach sie sich.

Judith schüttelte den Kopf.

„O!" jubelte die Greisin auf, „dann kann noch vieles gut werden. Nicht wahr, Du wolltest Dich nicht taufen lassen, und darum verstieß Dich der Graf?"

„Nein! Ich bin Jüdin, aber die Schuld der Abtrünnigkeit lastet dennoch auf mir. Ach, und wie viel andere noch! Ich bin ein unseliges Geschöpf, verdammt in diesem und im künftigen Leben!"

„Im künftigen nicht, Judith!" sagte Miriam fast feierlich. „Wer so alt geworden ist, wie ich, und wem die Menschen so viel Bitteres zugefügt haben in Seinem Namen, der erkennt, daß Er wohl barmherziger sein muß, als die Menschen! Und wie hast Du gebüßt! — ich frage nicht danach, auf dem Gesicht steht's Dir ja geschrieben . . ."

Vor der Thür ward halblautes Streiten hörbar. „Sie muß hinaus!" wetterte eine Männerstimme, „sie hat ja auch kein Erbarmen mit ihrem Vater gehabt." Es war der Wirth. Dazwischen klang begütigend die Stimme seines Weibes.

„Komm'", drängte Miriam; „ich wohn' nur einige Häuser weit, das Stüblein ist geheizt, da kannst Du übernachten."

Judith hüllte das Kind wieder sorglich ein. „Ich dank' Euch," sagte sie, „aber durch mich soll Ihr nicht ins Unglück kommen, Miriam. Ihr seid auf die Gutthaten der Leute angewiesen, sie würden Euch zürnen!"

„Mögen sie!" rief die Greisin. Hochaufgerichtet stand sie da, und wie ein Leuchten lag es auf ihrem welken Antlitz. „Und wenn ich deshalb Hungers sterben müßte, ich würde doch die Stunde segnen, wo Dein Fuß meine Stube betreten hat. Denn Dich sendet mir Gott! Er hat erhört, was mein Herz Tag und Nacht, seit mein armes Kind gestorben, zu Ihm emporgestammelt hat. Da rang ich die Hände und rief: „O könnt' ich meine Feigheit und Härte gut machen! Was nützt der Todten mein Wehklagen, und was fängst Du mit einer Reue an, barmherziger Gott, der Du willst, daß auch wir Menschen barmherzig sind?!" Er aber wußte, was mit meiner Reue anfangen, der Lebenden kann ich bezahlen, was ich der Todten schuldig geblieben bin . . . Komm'," schloß sie fast flehend, „komm' zu mir . ."

„Ich kann nicht . . ." erwiderte Judith; „ich muß zu Rafael . . ."

„Nein! nein! rief die Greisin abwehrend. „Spare Dir diesen Schmerz . . ." fügte sie dann zaghaft hin. „Du hest ja vorhin mit angehört . . ."

„Ich muß!" Sie suchte sich zu erheben, aber die Kräfte versagten ihr. „Ich muß!" wiederholte sie, und nun gelang es. Aber nur schwankend stand sie da, so stark rüttelten sie die Fieberschauer, und als ihr Miriam das Kind aus den Armen nahm, mußte sie es dulden.

Die Thür ward aufgerissen, der Wirth trat ein. „Wenn Ihr nicht gleich —" Er hielt inne, als er die beiden zum Gehen gerüstet sah, und der Anblick der Wankenden machte ihn vollends stumm. „Zwölf Kreuzer," murmelte er nur noch, als sie ihn nach ihrer Schuldigkeit fragte, und strich die Kupferstücke, die sie ihm aufzählte, verlegen ein.

„Ueberleg's!" bat die Miriam noch einmal, als sie dem Wagen zuschritten. „Wenn Du Rafael aufsuchen willst, so thu's morgen, nachdem Du Dich ausgeruht hast!"

„Es muß heute sein!" erwiderte Judith. „Mein Fieber wird immer stärker, der Arzt in Tluste meinte, daß ich schwer krank werde; morgen bin ich vielleicht ohne Besinnung und muß so dahinsterben . . . Wir fahren," wandte sie sich an den Kutscher, der mürrisch neben seinen Pferden stand, „zum großen Haus gegenüber dem Kloster . . ."

„Ich weiß schon," erwiderte der Mann finster. „Da ich bezahlt bin, so muß ich's thun. Aber hätt' ich in Tarnopol gewußt, wer Ihr seid . . ."

Er beendete den Satz nicht und hieb grimmig auf die Pferde ein, daß sie mit einem Ruck aus dem Thorweg fuhren. Draußen, im Kothmeer der Straße, ging es wieder Schritt für Schritt. Stumm saß Judith da, das Kind an sich gepreßt, nur zuweilen schlugen ihre Zähne im Fieberfrost hörbar aneinander; dann begann Miriam immer wieder zu flehen, den schweren Gang erst morgen zu thun. „Du bist ja halbtodt!" schrie sie verzweifelt auf.

„Es muß sein," erwiderte die Unglückliche. „Aber meine Gedanken beginnen sich zu verwirren . . . und eine Seele muß es erfahren, so lang' ich reden kann. Der Frevler soll seiner Strafe nicht entrinnen. Hört, Miriam wie der Graf an mir gethan hat . . ." Sie erzählte es in kurzen, wirren Worten; Miriam verstand es nicht recht, nur so viel war ihr klar, daß das arme Geschöpf furchtbar getäuscht worden.

„Du armes Kind," schluchzte sie und schlug ihre Arme um die Bebende. Und als der Wagen vor dem Hause hielt, bat sie: „Laß mich mit Rafael sprechen, ihn vorbereiten!"

Auch davon wollte Judith nichts wissen. Aber als sie dem Wagen entstieg und nun vor dem Hause stand, wo sie die glücklichen, schönen, behüteten Tage ihres Lebens verbracht, dem Hause, an welches sie mit verzehrender Sehnsucht zurückgedacht, seit sie in die Fremde gegangen, schien sie ihre Kraft zu verlassen, sie wankte und wäre wohl trotz Miriams Hilfe zu Boden gesunken, wenn sich nicht ein Stärkerer mitleidig genaht hätte. Es war der Kutscher eines Wagens, der vor dem Hause hielt. „Bist Du aus Lehm?" rief der Ruthene zornig dem Fuhrmann Juditns nach, als dieser auf dem Bocke blieb und nun davon fuhr, ohne sich weiter um die beiden Frauen zu bekümmern. Der Jude wandte sich um. „An der ist Gotteslohn zu holen," rief er höhnisch, „ich gönne ihn Dir!" Und er verschwand im Nebel.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.